

Dialog und Verständigung statt Gewalt und Zerstörung

Zum kurdisch-türkisch-deutschen Dialog
für eine politische Lösung des Krieges in der Türkei



Die Nützlichen Nachrichten werden vom Dialog-Kreis herausgegeben.

Bestellungen dieser **Nützlichen Nachrichten**
möglichst mit Briefmarkenspenden an:

Dialog-Kreis, Postfach 90 31 70 in 51124 Köln
Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Für Ihre Spenden und Beiträge steht unser Konto Dialog-Kreis,
Konto-Nr. 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei
der Stadtsparkasse Köln natürlich auch zur Verfügung.

Editorial

Diese Ausgabe zusammen zu stellen und zu lesen war und ist kein sonderliches Vergnügen, denn es gibt kaum Positives zu berichten. Im Vordergrund stehen wieder die vielen Verletzungen der Menschenrechte, der gebremste Reformprozess, die nationalistische Rückwendung in der Gesellschaft der Türkei und die zunehmende Remilitarisierung des türkisch-kurdischen Verhältnisses.

Wer gehofft hatte, die Verhältnisse würden sich nach dem Beschluß, Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr zu beginnen, nun zügig verbessern, sieht sich enttäuscht. Vielmehr dämmert eine bleierne Zeit herauf, in der sich die reaktionär nationalistischen Kräfte wieder in den Vordergrund schieben. Doch auch der kurdischen Seite gelingt es nicht, eine stringente Politik zu entwickeln. Sie schwankt zwischen Dialog-Bereitschaft und Gewaltandrohung. In der Bundesrepublik und in EU-Europa lassen sich ebenfalls bisher keine Ansätze für eine eigenständige dauerhafte Repräsentation der kurdischen Kultur und Interessen ausmachen.

In Deutschland hat sich die Regierung Schröder zwar für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen eingesetzt, darüber hinaus aber keine Initiativen für eine friedliche Lösung des Konflikts erkennen lassen. Nun besteht die Gefahr, dass die Beitrittsverhandlungen der Türkei wahltaktisch instrumentalisiert werden und dabei viel psychisches Porzellan zerschlagen wird. Das alles ist nicht gut für eine friedliche politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts.

Trotz der schlechten Nachrichten wünsche ich Ihnen einen erholsamen Sommer.

Ihr

Andreas Buro

Koordinator des Dialog-Kreises

Impressum

Die Nützlichen Nachrichten erscheinen in unregelmäßiger Folge, möglichst jedoch 4 x jährlich.

Sie werden herausgegeben vom DIALOG-KREIS

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, 51124 Köln

Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

E-Mail: dialogkreis@t-online.de, <http://www.dialogkreis.de>

Redaktionsgruppe: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz, Mani Stenner

Die Arbeit des Dialog-Kreises ist auf Spenden und Unterstützungsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei der Stadtsparkasse Köln.

Diese Publikation wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

In den türkischen Großstädten sind Kurden unerwünscht

Nachdem wochenlang eine Hetzkampagne gegen die Kurden durch die Medien ging, in der behauptet wurde, dass kurdische Jugendliche, die infolge der Vertreibungen in Kurdistan nach Istanbul gekommen waren, mehrheitlich zu Dieben werden, beschäftigte sich der Nationale Sicherheitsrat auf seiner Sitzung im April 2005 mit der Binnenmigration in der Türkei.

Laut Informationen der Tageszeitungen wurden Vorschläge unterbreitet und 14 Städte namentlich benannt, in die keine Migration aus den kurdischen Provinzen mehr erwünscht ist. Zu diesen Städten gehören unter anderem Istanbul, Izmir, Ankara, Adana, Mersin und Antalya, wohin hunderttausende Kurden nach der Vertreibung aus ihren Dörfern gekommen sind. In der Türkei, in der behauptet wird, dass alle Bürger, egal welcher Nationalität sie angehören, gleichgestellt sind, werden Opfer des Krieges zu Sündenböcken gemacht und zu Kriminellen erklärt. Statt ein Rückführungsprogramm für die Vertriebenen zu entwickeln, schüren die Machthaber in Ankara den Hass auf die Kurden.

Zur Verhinderung der kurdischen Migration in die Metropolen ist in Istanbul ein neues Projekt unter dem Namen „Stadtteilversteher-Automation“ eingeführt worden, mit dem die Anwohner überwacht werden. Über ein gemeinsames Computerprogramm soll der unmittelbare Informationsaustausch zwischen den Büros der Stadtteilversteher und den örtlichen Polizeidirektionen gewährleistet werden. Alle an den Stadtteilversteher gerichteten Anfragen werden künftig direkt für die Polizei einsehbar.

Mit dem neuen System wird rekonstruiert, wo die Anwohner ihren letzten Wohnsitz hatten und ob es sich bei dem neuen Wohnsitz um eine wirkliche Adresse handelt. Des weiteren kann festgestellt werden, ob sich in einem Gebäude Illegale, Militärflüchtlinge oder von der Polizei gesuchte Menschen aufhalten. Über Digitalkameras kann die Polizei zukünftig verfolgen, wer das Büro der Stadtteilversteher betritt. Das ab Ende Mai für Istanbul geplante System des Innenministeriums soll nach und nach auch in anderen Großstädten eingeführt werden.

ÖP, 9., 19., 20.4. und 10.5.05)

Die türkische Flagge und die Hetze gegen die Kurden

Nachdem in Mersin im Anschluss an die Feierlichkeiten zum Newrozfest eine türkische Fahne vor laufenden Kameras von Kindern zu Boden geworfen und getreten wurde, hat sich landesweit eine antikurdische Stimmung ohne gleichen breit gemacht. Die Türkei hat sich über Nacht in ein nationalistisches Fahnenmeer verwandelt.

Verwendete Kürzel für türkische Presse:

C=Cumhuriyet; H=Hürriyet; M=Milliyet;

ÖP=Özgür Politika; R=Radikal; S=Sabah

Fahrendemonstrationen wurden organisiert, Universitäten, Behörden, Ämter, Verkehrsmittel und Autos, Privatwohnungen und Puffs wurden mit türkischen Fahnen ‚geschmückt‘. Sogar Fernsehsender, staatliche und private, zeigten eine flatternde türkische Fahne mit einem Bild Atatürks auf ihren Bildschirmen.

In einigen Städten wie z. B. in Trabzon, Adapazari und Gönen wurden Andersdenkende von den Massen verprügelt und gelyncht. Die Staatsmacht tat nichts dagegen und nahm schließlich nicht die Angreifer, sondern die Opfer fest.

Diese Hetzkampagne dauert immer noch an, weil sie von den Verantwortlichen und Mächtigen – Staatspräsident, Premier und Generalstabchef – ermutigt und gefördert wird. Generalstabchef Özkök bezeichnete sogar pauschal alle Kurden als „sogenannte Bürger“, d. h. als „nicht echte oder reine Bürger“. Die faschistischen MHP'ler (Nationalistische Bewegungspartei) und die Grauen Wölfe veranstalteten gemeinsam mit Kemalisten Kundgebungen, auf denen Kurden zum Verlassen des Staates aufgefordert wurden.

Die türkische Polizei, die während des Newrozfestes 16.000 Bildaufnahmen der TeilnehmerInnen machte und innerhalb kürzester Zeit die in die Geschehnisse einbezogenen Kinder identifizierte, festnahm und folterte, hat bis jetzt die in allen Fernsehkanälen gezeigten Anstifter nicht ausfindig machen können.

Tagtäglich werden in Istanbul oder Ankara amerikanische und israelische Fahnen in Anwesenheit der Polizei zeremoniell verbrannt. Kürzlich verbrannten einige Demonstranten eine EU-Flagge. In dem Foto, das von der FR am 3. Mai 2005 veröffentlicht wurde, machten über 10 Kameras Bilder dieses Ereignisses. Sie wurden weder von der Polizei gehindert, noch von den Passanten gelyncht. Wie kann man die türkischen Machthaber verstehen, wenn sie einerseits wegen Zertretens der türkischen Fahne eine Hetz- und Jagdkampagne gegen Kurden veranstalten, andererseits die Verbrennung der Flagge der EU, der sie beitreten möchten, stillschweigend dulden?

Nach zweimonatiger Haft wurden die festgenommenen und in der Antiterror Abteilung der Polizei misshandelten Kinder wieder freigelassen. Nachdem ihre Bilder und die ihrer Familienangehörigen tagelang von den türkischen Medien gezeigt worden sind, werden sie in der Türkei nicht mehr unbehelligt leben können.

Ich, Mehmet Sahin, Verfasser dieser kleinen Meldung, der ich nicht in der Türkei, sondern seit fast 30 Jahren in Deutschland lebe, habe ebenfalls am 23. März 2005 eine Droh-E-Mail von einer kemalistischen Gruppe Namens „Kuvayi Milliye Hareketi“ erhalten, in der gesagt wird: „Unsere Geduld geht zu Ende. Entweder werdet Ihr Euch an uns anpassen oder Ihr müsst dieses Land verlassen! Sonst sind wir bereit, die dazu notwendigen Schritte zu unternehmen! Welch ein Glück, Türke zu sein ... Kuvayi Milliye Hareketi“. (Kuvayi Milliye Hareketi, mit einer Bewegung diesen Namens führte Atatürk den türkischen Befreiungskampf gegen die Siegermächte und gründete die türkische Republik.) Wenn jemand, der tausende Kilometer von der Türkei entfernt lebt, bedroht wird, kann man sich leicht ausmalen, wie bedroht sich die Kurden in der Türkei fühlen.

Human Rights Watch: Vertreibung mit anderen Mitteln

Die Türkei hat sich gegenüber den Vereinten Nationen und der Europäischen Union (EU) verpflichtet, für die Rückführung der Vertriebenen zu sorgen. Im Vorfeld der Entscheidung über die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen meldete die türkische Regierung im vergangenen Herbst, 124 218 Vertriebene seien bereits in ihre Dörfer zurückgekehrt.

Human Rights Watch (HRW) bezeichnet diese Zahlen als „weit übertrieben“. Die offiziellen türkischen Statistiken „geben weder vom Ausmaß der ursprünglichen Vertreibung noch von den Rückkehrern ein zuverlässiges Bild“, kritisiert HRW. Es sei schwierig, verlässliches Zahlenmaterial zu bekommen, aber in einigen Regionen liege die Anzahl der Zurückgekehrten allenfalls bei einem Fünftel der offiziell genannten Zahlen.

Viele zerstörte Dörfer sind nach wie vor ohne Infrastruktur wie Elektrizität und Telefon, es gibt keine Schulen und Verkehrsverbindungen. „Viele Vertriebene kommen in Ortschaften zurück, die praktisch unbewohnbar sind“, sagt HRW-Direktorin Rachel Denber. Rückkehrer sähen sich außerdem häufig Verfolgungen durch „Dorfschützer“ ausgesetzt, heißt es in dem Bericht. In der Südosttürkei gibt es mehr als 58 000 dieser staatlich besoldeten Milizionäre. Viele Menschen, die anfänglich zurückgekehrt seien, hätten deshalb die Dörfer wieder verlassen und seien in die Armenviertel der Großstädte zurückgekehrt.

Bereits 2002 studierten Experten der Vereinten Nationen (UN) die Situation der Vertriebenen. Sie empfahlen der türkischen Regierung, eine Behörde für die Rückführung der Vertriebenen einzurichten, bei der Lösung der Probleme mit anderen Ländern zu kooperieren und die Vertriebenen zu entschädigen.

Nichts davon habe Ankara umgesetzt, kritisiert Human Rights Watch. Die Organisation fordert die EU auf, Druck auf die Türkei auszuüben, damit sie sich des Problems annähme. Denber kritisiert: „Das Schicksal der Vertriebenen ist die dringendste Sorge, aber die türkische Regierung hat ihre Reformaufgaben aus den Augen verloren“.

(FR, 11.3.05, ÖP 26.3.05)

Spitzelnetz in kurdischen Dörfern

Der illegale militärische Geheimdienst JITEM (Geheimdienst der Gendarmerie) und sein legaler Ableger JIT organisieren sich in den Dörfern der kurdischen Provinzen. Neben Dorfschützern und freiwilligen Informanten werden auch Personen zur Spitzeltätigkeit gedrängt, die auf den Revieren eine Versicherungskarte beantragen oder aufgrund anderer bürokratischer Angelegenheiten vorstellig werden.

Der Nachrichtenagentur Mezopotamya (MHA) sind Dokumente zugespielt worden, welche die Existenz eines weit angelegten Spitzelnetzes belegen. In diesen Dokumenten werden illegal erlangte Informationen über die Dorfbewohner festgehalten. Sie beinhalten Hinweise

darüber, ob jemand als Schmuggler tätig ist, welche Partei er/sie wählt, was auf den Feldern angebaut wird, ob jemand am Newrozfest teilgenommen hat, ob Kinder zur Schule geschickt werden und vieles mehr.

Die Geheimdienstorganisation JITEM wurde von JIT abgelöst, nachdem unzählige von ihr verübte Verbrechen an die Öffentlichkeit gelangt waren. JITEM-Strukturen existieren trotzdem nach wie vor in den kurdischen Gebieten. Der an alle Gendarmeriestationen ausgegebene einschlägige Befehl lautet auf „Anwerbung von mindestens einem Informanten in allen Dörfern neben den Dorfschützern und bezahlten Informanten“. Die Auswahl der Spitzel wird den Gendarmeriestationen überlassen.

Ein Dorfbewohner, der Wert auf Anonymität legt, hat erklärt, wie das Spitzelnetz funktioniert: Er war auf dem Revier vorstellig geworden, um eine Versichertenkarte zu erhalten. „Dort sagten sie mir, dass sie mir behilflich seien würden, wenn auch ich ihnen helfen würde. Falls ich mit ihnen zusammen arbeiten würde, würden sie sich um meine Angelegenheiten kümmern. Das hätten sie auch vielen anderen Dorfbewohnern so mitgeteilt. Es handele sich dabei um einen Dienst am Vaterland, so wie der Militärdienst und die Steuer. Ich bekam meine Versicherungskarte. Dafür erzählte ich ihnen, wer im Dorf welches Produkt anpflanzt, wer wie viele Schafe besitzt und wer welche Besucher empfängt. So ging das zwei Jahre lang. Aber als sie dann mehr von mir wollten, habe ich mich geweigert. Sie wollten, dass ich in andere Gemeinden gehe und dort Informationen sammle. Der einzige Ausweg für mich war, das Dorf zu verlassen.“

Vielen, die auf dem Revier etwas zu klären haben, wird ein solches Angebot gemacht, und es sind nicht wenige, die darauf eingehen, um so ihre bürokratischen Angelegenheiten geregelt zu bekommen.

(ÖP, 4.5.05)

Pro-kurdische Parteien im Visier der Macht

Vor der 2. Kammer des Amtsgerichts in Diyarbakir wurde im Rahmen der Amtshilfe die Aussage von Ibrahim Güclü, dem stv. Vorsitzenden der Partei für Recht und Freiheiten (Hak-Par) aufgenommen. Ihm und anderen Vorstandsmitgliedern wird ein Verstoß gegen das Parteiengesetz vorgeworfen, weil sie auf einem Kongress ihrer Partei in Mardin im Jahre 2003 Kurdisch gesprochen haben. Ibrahim Güclü beantragte seine Vernehmung in seiner Muttersprache Kurdisch. Der Richter Mustafa Özcan bestimmte den Verteidiger zum Dolmetscher. Er sagte, dass seine Partei das Ziel verfolge, Kurdisch auch als Amtssprache einzuführen und es daher normal sei, dass sie auf einem Kongress der Partei Kurdisch sprächen.

Aufgrund einer Ansprache auf Kurdisch, die der DEHAP-Vorsitzende Tuncer Bakirhan vor zwei Jahren im Wahlkampf gehalten hat, ist er zu einer Haftstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt worden. Auch der Bürgermeister von Idil, Resul Sadak, und der damalige DEHAP-Kreisvorsitzende von Cizre, Mehmet Dilsiz, wurden wegen des gleichen Vergehens – Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz - zu einer ebenso hohen Strafe verurteilt.

Gegen Bakirhan wurden bisher knapp 60 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zur Zeit laufen außerdem über dreißig Strafverfahren gegen den DEHAP-Vorsitzenden.

(C und ÖP, 16.4.05; R, 22.4.05)

Berufsverbot wegen des Wortes „Kurdistan“ für einen Österreicher

Ein Linzer Lehrer der österreichischen Schule in Istanbul verliert seine Arbeit, weil er das Wort „Kurdistan“ verwendete. Er soll damit die nationale Sicherheit, Recht und Ordnung gefährdet haben.

Eigentlich sollte es ein Ort der Begegnung sein. „Um einen Beitrag zu leisten, dass Menschen zweier Völker einander näher kommen“ wie es im Selbstporträt der Schule heißt. Zu 99 % wird das von einem katholischen Orden betriebene St.-Georgs-Kolleg von Türken/innen besucht, 1 % der 730 Schüler sind Österreicher/innen. „Wir wollen eigentlich verbindend wirken und nicht polarisierend“, wie es Direktor Franz Kangler ausdrückt. Doch zuletzt wurde die österreichische Schule in Istanbul zum Ort der Auseinandersetzung. Erst zwischen 16-jährigen Schülern und einem Lehrer, nun zwischen diesem Lehrer und den Behörden.

Fünf Jahre lang unterrichtete der Biologe Dr. Gerhard Pils, nebenamtlich Universitätsdozent, am St.-Georgs-Kolleg. Als Fachkraft war er anerkannt. Dennoch genügt ein einziges Wort, um den Job zu verlieren: Kurdistan.

Pils erklärte Schülern und Schülerinnen die menschlichen Abwehrkräfte, als ihm ein verhängnisvoller Satz über die Lippen kam: „Das Immunsystem meines kleinen Sohnes sollte jedenfalls gegen Allergien wenig anfällig sein, weil er sogar schon bis Kurdistan gekommen ist und dort alle Sachen ganz normal gegessen hat.“ Die Reaktion der Schüler sei heftig gewesen, sagt Pils. „Zwei Schüler sprangen auf und schrieten: Wir werden alle töten, die ein Kurdistan wollen.“ Auch andere Schüler waren entsetzt über die Wortwahl des Lehrers. Pils entschuldigte sich und versicherte, mit dem Begriff Kurdistan nichts Politisches implizieren zu wollen. „Ich hatte die Osttürkei gemeint und versprochen, den Begriff nicht mehr zu verwenden“, so Pils.

Zu spät. Der 50-jährige wurde von der Schulleitung kurzfristig suspendiert, ein Vater eines aufgebracht türkischen Schülers verständigte die türkischen Behörden. Monate später flatterte Pils Post ins Haus: Seine Arbeitsgenehmigung in der Türkei sei aufgehoben. Nach Artikel 14 der türkischen Arbeitsbestimmungen könne man einem Ausländer die Arbeitserlaubnis entziehen, wenn „die Tätigkeit des Ausländers angesichts nationaler Sicherheit, öffentlichem Recht und Ordnung, öffentlichem Wohl, allgemeiner Sitte und Gesundheit eine Bedrohung darstellt.“ Genauer ausgeführt wurde das nicht.

„Natürlich weiß ich, dass man über einen Staat Kurdistan wegen der Minderheitenproblematik in der Türkei nicht diskutieren soll“, rechtfertigt sich der Lehrer. „Ich meinte es als in der Botanik gängige geographische Bezeichnung. Ich hab mit Politik nichts am Hut

und mich entschuldigt. Auch vor der türkischen Inspektionskommission.“ Dennoch, es war zu spät.

Die Schule ließ Pils' Vertrag auslaufen und verlängerte auch jenen seiner Frau nicht mehr, die am St. Georgs-Kolleg Deutsch unterrichtet. Der Direktor, Franz Kangler, gibt unumwunden zu: „Ich will aus dem ganzen Fall Pils heraus. Wir wollen verbinden, nicht polarisieren.“ Da könne man es nicht brauchen, dass die Schule mit dieser Affäre in Verbindung gebracht werde.

Hannes Swoboda, Europaparlamentarier und einer der besten Kenner der Verhältnisse in der Türkei und der Kurdenfrage im Europa Parlament, sagte, dass die Haltung der türkischen Behörden unakzeptabel sei ; er selbst benutze das Wort „Kurdistan“ ebenfalls nicht als einen politischen Begriff, sondern für ein geographisches Gebilde und werde dies auch weiterhin tun..

Die Gesellschaft für bedrohte Völker – Österreich (GfbV-Ö) appellierte an die Bundesregierung und den Bundespräsidenten der Republik Österreich, das Schweigen über diesen Fall zu durchbrechen und tätig zu werden. Ein Fall für die EU-Politiker, oder?

Kontakt: Dr. Gerhard Pils,

Fax (0090) 212 2713011, gerhardpils@yahoo.de,

<http://www.geocities.com/gerhardpils/>

(ÖP, 13. und 14.4.05; Salzburger Nachrichten, 11.4.05)

Giftgaseinsatz bei Militäroperation im Cudi-Gebiet

Die HPG- Volksverteidigungskräfte teilen mit, dass die türkische Armee bei einem Gefecht Chemiewaffen eingesetzt hat. In der Mitteilung heißt es weiter: „Bei dem Gefecht am 1. April 2005 zwischen einer Guerillaeinheit und Kräften der türkischen Armee im Cudi-Gebiet sind fünf GenossInnen durch Giftgas getötet worden. Die Leichname sind geschmolzen und auf unmenschliche Art und Weise verstümmelt worden. Die Gefallenen haben eine Nachricht hinterlassen.“ Ungeachtet dessen gehen die militärischen Operationen der türkischen Armee überall weiter.

(ÖP und MHA, 9., 11. und 14.4.05)

PKK bietet Waffenruhe unter Bedingungen an

Die pro-kurdische Zeitung Özgür Politika hat am 2. Juni den PKK-Kommandanten Murat Karayillan zitiert.

Er habe gesagt: Stoppt die Operationen des türkischen Militärs, öffnet das Tor zum Dialog, dann werden wir die Waffen schweigen lassen. Karayillan forderte keine direkten Gespräche Ankaras mit der PKK. Ankara solle nur mit Parteien und politischen Gruppen in den kurdischen Gebieten das Gespräch aufnehmen, um deren Probleme zu lösen. Er drohte allerdings auch, sollte die Regierung diesen Dialog verweigern, so werde die PKK ihre Angriffe verstärken.

Nach inoffiziellen Angaben haben die türkischen Streitkräfte ihre Einheiten in den kurdischen Gebieten auf 100.000 Mann verstärkt.

(FR 3.6.05)

Jüngste Bilanz des Krieges

Innenminister Abdülkadir Aksu hat auf eine Anfrage mitgeteilt, dass zwischen dem 1. Januar 2003 und 31. März 2005 insgesamt 861 Mitglieder der PKK unschädlich gemacht worden seien: 218 wurden getötet, 2 verletzt, 311 unverletzt festgenommen; 330 hätten sich gestellt. Wie viele Tote es auf der türkischen Seite gegeben hat, wurde nicht mitgeteilt.

(R, 4.5.05)

Lebende Schutzschilde, um die Kämpfe zu stoppen

Seit dem Frühjahr führt die türkische Armee fast überall in den vorwiegend kurdisch besiedelten Gebieten die sogenannte Frühjahrsoffensive gegen die Kämpfer der PKK durch. Bei den militärischen Operationen kommen nicht nur bewaffnete Guerillas, sondern auch viele Zivilisten, darunter Kinder und Frauen, um.

Um die Kämpfe zu stoppen, versuchen junge Männer und Frauen seit Monaten als „lebende Schutzschilde“ eine Pufferzone zwischen den Fronten einzurichten. Auch sie erleiden willkürliche Repressalien, wie Verhaftung und Misshandlung. Zuletzt beteiligten sich auch Deutsche an der Bewegung der „Lebenden Schutzschilde“.

Laut einem Bericht von Özgür Politika befinden sich in Cukurca, Provinz Hakkari, wo 3.000 Menschen leben, etwa 10.000 Soldaten und Angehörige der Spezialteams.

(ÖP, 19. und 23.3.05; junge Welt, 29. und 30.3.05; ÖP, 31.3.05; ISKU, 1.4.05; ÖP, 3. und 27.4. sowie 6.5.05)

Minenbericht 2004

Die Gruppe zum Verbot von Landminen hat ihren Bericht für das Jahr 2004 herausgegeben. Für die Türkei wird gesagt, dass derzeit noch 921.000 Landminen verlegt seien und die Armee über weitere knapp 3 Millionen Landminen verfüge. Im Jahre 2004 seien durch die Explosion von Landminen 56 Personen getötet worden, darunter 16 Kinder. Die meisten Minen sind laut Außenministerium in den Provinzen Urfa, Antep und Ardahan verlegt, meistens solche vom Typ M14 und M15. Nach der Vereinbarung von Ottawa ist die Türkei verpflichtet, ihren Minenbestand innerhalb von 4 Jahren zu vernichten. (Ein Jahr ist bereits vergangen, ohne dass hiermit begonnen wurde). Innerhalb von 10 Jahren hat die türkische Regierung dafür zu sorgen, dass die im Land verlegten Minen geräumt werden.

(ÖP, 2.3.05)

IHD: 850 Menschen vermisst

Aus Anlass der „Woche gegen das Verschwindenlassen nach der Festnahme“ hat der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins der Türkei (IHD), Yusuf Alatas, auf einer Pressekonferenz in Ankara erklärt, für eine Demokratisierung sei die Konfrontation mit der Vergangenheit unabdingbar. Nach wie vor werden in der Türkei 850 Personen vermisst. Das Verschwindenlassen sei ein Phänomen, dass verstärkt in der Nazi-Zeit aufgetaucht sei. Auch danach sei es immer eine Methode der

Einschüchterung und Unterdrückung totalitärer Regime gewesen, so in der Türkei nach dem Militärputsch von 1980 und in den neunziger Jahren. „Wir denken, dass die Zeit reif ist, diese Fälle aufzuklären.“ Unaufhörlich werde in der Politik von Demokratisierung und Freiheit gesprochen, aber dennoch gebe es nach wie vor Fälle extralegalen Hinrichtungen.

(ÖP, 18.5.05)

KDV'ler vor Gericht

Der Prozess gegen den Kriegsdienstverweigerer Mehmet Tarhan begann vor dem Militärgericht Sivas am 28. April. Mehmet Tarhan bleibt weiter in Sivas inhaftiert. Er war am 8. April diesen Jahres festgenommen und zwangsweise zum Militär rekrutiert worden.

Während der Verhandlungen sollen zehn Soldaten als Zeugen zu dem Vorwurf angehört werden, dass Tarhan sich des „Ungehorsams vor versammelter Mannschaft“ nach Artikel 88 des Türkischen Militärstrafgesetzbuches schuldig gemacht habe. Darauf steht eine Gefängnisstrafe zwischen 3 Monaten und 5 Jahren.

Die Verhandlung wurde von einer Gruppe türkischer UnterstützerInnen und Kriegsdienstverweigerer sowie von zwei internationalen BeobachterInnen aus Deutschland und Israel besucht.

Bei einer Kundgebung in Frankfurt am Main, die aus Anlass des Prozessauftrittes gegen Mehmet Tarhan stattfand, protestierten 30 Personen gegen die Kriminalisierung von Kriegsdienstverweigerern und AntimilitaristInnen in der Türkei. Zur Kundgebung hatten Connection e.V., die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Hessen sowie die Initiative der kurdisch/türkischen Kriegsgegnerinnen in Deutschland aufgerufen. Sie forderten die Türkei auf, Mehmet Tarhan unverzüglich freizulassen und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen.

Nach Ende der Verhandlung gegen Tarhan wurde ein weiterer Kriegsdienstverweigerer, Sahin Özbay, verhaftet. Er hatte seine Kriegsdienstverweigerung am 4. Oktober 2004 öffentlich erklärt. Das türkische Militär ließ ihn mit der Auflage, sich beim Kreiswehrratsamt zu melden, noch am Abend wieder frei.

Weitere Informationen unter
<http://www.Connection-eV.de/Tuerkei/tarhan.html>,
Fax. +49-(0)69-82 37 55-35; Graswurzelrevolution, Mai 2005/299

Gericht verbietet Lehrer- gewerkschaft Egitim-Sen

Das Verbotsverfahren gegen die Gewerkschaft war auf Forderung des Generalstabs und die darauf folgende Anzeige des Gouverneuramtes in Ankara aufgrund einer Formulierung zum muttersprachlichen Unterricht in der Satzung der Organisation angestrengt worden. Das Arbeitsgericht in Ankara kam zunächst zu dem Urteil, dass nach dem Europäischen Menschenrechtsabkommen Gewerkschaften nicht verboten werden können. Der Kassationsgerichtshof entschied am 26. Mai 2005, dass die Gewerkschaft verboten werden müsse, weil sie

muttersprachlichen Unterricht verteidige. Jetzt geht der Prozess zurück an das Arbeitsgericht, von dem allerdings auch kein anderer Urteilsspruch zu erwarten ist.

Der Gewerkschaftsvorsitzende Alaadin Dincer kündigte an, im Namen von 200 000 Gewerkschaftsmitglieder eine einstweilige Verfügung vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu fordern. Der Beschluss des Kassationsgerichtes bedeute noch keine Schließung. Bis auf weiteres würden alle rechtlichen und organisatorischen Aktivitäten fortgesetzt.

(ÖP, 27.5.05)

Frisches Blut und Organe für Wohlhabende

In den letzten Jahren ist in Diyarbakir ein Markt entstanden, auf dem Menschen ihr Blut und ihre Organe verkaufen, weil sie in bitterer Armut leben und keine andere Möglichkeit haben, ihre Familien zu versorgen. Ein großer Teil der Einwohner/innen von Diyarbakir sind Binnenvertriebene. Hunderte Arme warten vor dem Blutspendezentrum des Türkischen Roten Halbmondes auf Kunden, um „Blut, Nieren und Leber“ zu verkaufen.

Saban K., ein „Händler“ berichtet: „Arme Bürger, die ihr Blut für Nahrungsmittel verkaufen wollen, wenden sich an uns. Wir registrieren die Blutgruppe, Adresse und Telefonnummer dieser Menschen. Wenn Nachfrage besteht, rufen wir sie an. Für Leute, die nicht das Geld haben, vom Roten Halbmond Blut für 100 Lira (58,00 €) zu kaufen, finden wir welches für 70 Lira (41,00 €). Von diesem Geld bekommt der Blutspender 50 Lira, ich behalte 20 Lira als Kommission. Ich lebe davon, dass ich Blut vermittele.“ Er habe auch mit Menschen gesprochen, die aus Verzweiflung ihre eigenen inneren Organe verkaufen wollten, erzählt Saban K.: „Jeden Tag kommen Dutzende Menschen zu mir, um ihr Blut, ihre Nieren oder Leber zu verkaufen. Hier wird eine Niere oder eine Leber für 35.000 Lira (20.500 €) verkauft.“

Bülent Yüksel ist einer der Menschen, der seine Nieren verkaufen will, um seine Schulden zu bezahlen. „Ich habe 14.000 Lira (8.000 €) Schulden. Deshalb musste ich meinen Laden schließen. Weil mir niemand geholfen hat, habe ich den Verkauf meiner Organe als letzten Ausweg gesehen. Ich habe mich an Herrn Saban K. gewandt, aber bisher habe ich noch keine positive Antwort bekommen. Ich weiß nicht mehr, was ich tun soll. Ich wollte mich umbringen, aber ich kann auch meine zwei Kinder nicht ohne Vater aufwachsen lassen. Stehlen will ich nicht. Ich möchte, dass mir die Möglichkeit gegeben wird, zu arbeiten.“

(H, 25.4.05; ÖP, 25. und 30.4.05)

IHD: Türkei von EU-Standards weit entfernt

Bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte ist die Türkei nach Einschätzung des türkischen Menschenrechtsvereins IHD noch „weit von den als Minimum angesehenen EU-Standards entfernt“. Zwar habe sich die Lage allgemein gebessert. Doch noch immer hätten Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ein „unzumut-

bares Ausmaß“, sagte der IHD-Vorsitzende Yusuf Alatas am 18. März 2005 bei der Vorstellung des Jahresberichts 2004 in Ankara. Demnach wurden im vergangenen Jahr in der Türkei 1 040 Menschen gefoltert und misshandelt, 1 849 waren es im Jahr zuvor.

Die Zahlen zeigten, dass die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ihr „Null-Toleranz“-Versprechen bei der Bekämpfung von Folter nicht halten können, sagte Alatas weiter.

Auch um die Meinungsfreiheit steht es nach Einschätzung des IHD-Vorsitzenden in der Türkei nicht zum Besten. In 72 Prozessen seien im vergangenen Jahr 693 Angeklagte zu Haftstrafen von insgesamt 30 Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Im Vorjahr hatten die Gerichte bei fast der doppelten Anzahl von Prozessen gegen 283 Angeklagte Haftstrafen von insgesamt 276 Jahren verhängt.

Laut IHD – Bericht gab es 2004 Razzien gegen 20 Publikationsorgane, 10 weniger als 2003. Insgesamt seien neun Bücher, Zeitschriften und Zeitungen verboten worden. Im Jahr zuvor waren noch 23 Bücher sowie 24 Zeitschriften und Zeitungen mit einem Verbot belegt worden.

(Die Welt, 19.3.05)

Einsatz der Überläufer aus dem Gefängnis bei Militäroperationen

Lediglich ein Polizeibeschluss wird künftig ausreichen, um Untersuchungs- und Strafgefangene für 15 Tage bei Militäroperationen einzusetzen. Die Justizkommission hat ein Gesetz bestätigt, um das Strafgerichts- und Strafvollzugsgesetz erweitert werden sollen. Damit wird das Recht, über die Gefangenen im Sinne der Straftatbekämpfung zu verfügen, von der Staatsanwaltschaft auf die Polizei übertragen. Bereits in der Vergangenheit sind auf diese Weise zu Zeiten des Ausnahmezustandes (OHAL) viele Überläufer aus dem Gefängnis geholt und bei Operationen eingesetzt worden. Ein bekanntes Beispiel dafür ist Adil Timurtas, der kürzlich in Istanbul wegen Bedrohung und Erpressung eines DEHAP-Mitgliedes festgenommen und nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Nachdem er sich von der PKK getrennt und sich dem Staat ergeben hatte, wurde er bei Militäroperationen eingesetzt, konnte sich schließlich frei bewegen und gab sogar Interviews.

Der Widerspruch der Oppositionspartei CHP, diese Befugnis könne nicht aus den Händen der Staatsanwaltschaft genommen und der Polizei übertragen werden, entgegnete Justizminister Cicek: „Wo sollen wir denn in den Cudi-Bergen einen Richter oder Staatsanwalt finden.“

(ÖP, 19.5.05)

Morddrohungen an Eren Keskin und andere Menschenrechtsaktivisten

amnesty international fürchtet um die Sicherheit von drei Mitgliedern des Menschenrechtsvereins „Insan Haklari Dernegi“ (IHD), die Morddrohungen erhalten haben. Die

Funktionäre und AktivistInnen des Menschenrechtsverein IHD in Istanbul, „Eren Keskin, Saban Dayanan und Dogan Genç, haben am 19. April 2005 sowohl an ihre Privatadressen als auch an ihre Büros gerichtete Drohbriefe erhalten, die von einer ultra-nationalistischen Gruppe namens „Türk Intikam Tugayi“ (Türkische Vergeltungsbrigaden) stammen. Diese Gruppe bekannte sich zu dem 1998 verübten Anschlag auf den damaligen IHD-Vorsitzenden Akin Birdal, der dabei schwer verletzt wurde.

In ihren Drohbriefen bezog sich diese Gruppe auf das Flaggenverbrennen und erklärte, dass jegliche Maßnahmen ergriffen werden müssten, um die türkische Nationalflagge zu schützen, „... ein Symbol der mit Blut geschriebenen Geschichte des Landes ...“. Die Gruppe nahm außerdem Bezug auf den Anschlag auf Akin Birdal und schrieb, die Empfänger würden nicht so viel Glück wie er haben und überleben.

Die 2004 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnete Eren Keskin erhält am 18. September 2005 den Theodor-Haecker-Preis für politischen Mut und Aufrichtigkeit der Stadt Esslingen. Oberbürgermeister Jürgen Zieger fordert vom türkischen Innenministerium, die Preisträgerin und weitere türkische Menschenrechtler zu schützen.

Der mit 5000 Euro dotierte und seit 1995 alle zwei Jahre vergebene Theodor-Haecker-Preis wird ihr am 18. September um 11 Uhr während einer öffentlichen Feier im neuen Neckar Forum überreicht werden.

(MHA, 20.4.05; ÖP 28.4.05; Urgent Action vom 20.4.05, amnesty international, Telefax: 0228/63 00 36, ua-de@amnesty.de; Esslinger Zeitung und junge Welt, 3.5.05, ÖP, 4.5.05)

Die Türkei sitzt ständig auf der Anklagebank in Straßburg

Zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Türkei wegen des Verstoßes gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung verurteilt. Die Straßburger Richter gaben fünf Unterzeichnern einer pro-kurdischen Erklärung Recht, die in der Türkei wegen „Aufrufs zu Hass und Feindschaft“ zu Bewährungs- beziehungsweise Geldstrafen verurteilt worden waren. Dies rügte der Gerichtshof als „unverhältnismäßig“. Zugleich wies er die Regierung in Ankara an, den Klägern – zwei Gewerkschaftern, zwei Anwälten und einem Rechtsdozenten – jeweils 2000 Euro Schadensersatz zu zahlen.

Die Erklärung war im März 1992 von zwei Zeitungen im Osten der Türkei veröffentlicht worden. Der Text, der sich kritisch mit der türkischen Politik gegenüber den Kurden auseinandersetzte, wurde von insgesamt 27 Personen unterzeichnet.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gab am 1. März 2005 in einem anderen Fall der Vertreterin einer Lehrgewerkschaft Recht, die 1997 wegen heftiger Kritik an der Regierung zu einem Jahr Haft verurteilt worden war. Zugleich wiesen die Straßburger Richter die türkische Regierung an, der 40-Jährigen 4000 Euro Schadensersatz zu zahlen.

Bereits am 8. Februar war die Regierung in Ankara vom EuGH zur Zahlung von 7500 Euro Schadensersatz

an den Verfasser eines Essays verurteilt worden, der die Unterdrückung von Kurden kritisiert hatte. Er musste deswegen in der Türkei eine einjährige Freiheitsstrafe wegen „separatistischer Propaganda“ verbüßen.

(AFP und Der Standard, 1.3.05;
Der Standard Online, 15.3.05, ÖP, 25.3.05)

Strafprozeß gegen Öcalan muß neu aufgerollt werden!

Abdullah Öcalan wurde am 15. Februar 1999 aus Kenia in die Türkei verschleppt. Am 29. Juni 1999 verurteilte das türkische Staatssicherheitsgericht (DGM) Öcalan wegen Hochverrats und Separatismus zum Tode. Nach der Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten in der Türkei wurde das Urteil am 3. Oktober 2002 in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt.

Zwischenzeitlich hatte sich Öcalan an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gewandt, weil er nach Auffassung seiner Anwälte keinen fairen Prozess erhalten hatte. Die 1. Kleine Kammer des EuGHMR entschied im März 2003, dass im Prozess gegen Öcalan rechtsstaatliche Verfahrensprinzipien verletzt seien und auch die Besetzung des Gerichts rechtsstaatlichen Maßstäben nicht entsprochen habe. Die türkische Regierung und die Anwälte Öcalans legten Widerspruch gegen diese Entscheidung ein. Das Urteil der Großen Kammer des EuGHMR erging nunmehr am 12. Mai 2005 und bestätigte rechtsstaatliche Mängel des Verfahrens, nämlich die verspätete Vorführung vor den Haftrichter, die Verurteilung durch ein Staatssicherheitsgericht, die Anwesenheit eines Militärrichters auf der Richterbank und der unzureichende Zugang zu den Anwälten.

Im Hinblick auf die geplante Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist das Straßburger Urteil für die Regierung in Ankara pikant. Die Forderung der EU-Kommission, das Urteil zu akzeptieren und ein faires Verfahren für Öcalan zu garantieren, wird es der Regierung unmöglich machen, das Urteil zu ignorieren. Vor zwei Jahren hatten die Abgeordneten des türkischen Parlaments im Kontext der EU-Reformen beschlossen, Urteile des EuGHMR in Zukunft umzusetzen. Öcalan aber wurde durch eine spezifische Klausel davon ausgenommen. Diese Klausel werden die Parlamentarier streichen müssen, so dass der Weg für ein neues rechtsstaatliches Strafverfahren frei wird.

Justizminister Cemil Cicek sagte, es gebe keinen Grund, beunruhigt zu sein. Denn die Einwände des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs bezögen sich allein auf Verfahrensfragen. Die Türkei werde das Straßburger Urteil unter Berücksichtigung ihrer Verfassung und der von Ankara eingegangenen internationalen Abkommen prüfen, kündigte Außenminister Gül an. Unmittelbar vor der Veröffentlichung des Urteils hatte das türkische Außenministerium davor gewarnt, daß für die Mißachtung der Empfehlung der Straßburger Richter ein hoher Preis zu zahlen sei. Der Druck auf die Türkei könne zunehmen, ebenfalls die Sympathie des Westens für Öcalan, und der EU-Beitrittsprozeß der Türkei würde negativ beeinflußt.

Scharfe Kritik an dem Straßburger Urteil kam von führenden türkischen Militärs. Der Heereskommandant

Yasar Büyükanit sagte, das Urteil sei nicht juristisch motiviert, sondern politisch. Da die türkischen Streitkräfte den Terror bekämpft hätten, seien sie in dieser Frage parteiisch, gestand der designierte Generalstabschef ein. Ähnlich äußerte sich der stellvertretende Generalstabschef Ilker Basbug. Der Kommandant des Ersten Heeres, Hursit Tolon, kann dem Straßburger Urteil keine Bedeutung abgewinnen, da das Gewissen des türkischen Volks ein Urteil über Öcalan gefällt habe. Talat Salk, der inzwischen pensionierte Staatsanwalt im Prozeß gegen Öcalan, sagte, selbst wenn Öcalan noch tausendmal vor Gericht stünde, erhielte er immer die gleiche Strafe. Salk fürchtet, daß das Ausland mit seiner Einmischung in dieser Frage in der Türkei Unruhe erzeugen könne.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist der gerichtliche Arm des Europarats, der über die Einhaltung der Menschenrechte in Europa wacht. Der Organisation gehören 46 Staaten an.

(Reuters und yahoo!, 12.5.2005; Kurdistan Report 11/Mai 2005, S. 24;
FR, FAZ, Die Welt, ÖP, H, SZ 13.5.05)

Der Kommentar

Der türkisch-kurdische Konflikt treibt in die nationalistische Sackgasse

Bei Betrachtung des vorherrschenden politischen Bildes der Türkei in diesen Monaten drängen sich zwei Eindrücke auf. Die euphorische Orientierung auf einen EU-Beitritt scheint zu verblässen und die nationalistische Stimmung, ja Erregung nimmt enorm zu. Dieser Wechsel ist nicht nur dadurch zu erklären, dass den Menschen in der Türkei allmählich bewußt wird, welche Ansprüche an ihre eigene und gesellschaftliche Veränderung ein Beitritt zur EU mit sich bringen und dieser die Türkei keineswegs in ein Schlaraffenland verwandeln würde.

Angesichts der EU-orientierten Politik der Erdogan-Regierung mit ihrer überwältigenden Mehrheit im Parlament ist oft übersehen worden, dass diese Politik auch gewichtige Verlierer in der türkischen Gesellschaft zur Folge hat. Sie nutzen jetzt die gegenwärtig höchst ambivalente Situation zum Gegenangriff aus. Dabei greifen sie sehr geschickt die in der Gesellschaft der Türkei hoch entwickelten und weit verbreiteten nationalistischen Gefühlswelten auf und nutzen diese für ihre Roll-back-Politik. Die politischen und sozialpsychologischen Voraussetzungen hierfür sind günstig.

Zuerst ist die unsägliche Diskussion innerhalb der EU-Staaten zu nennen, ob denn die überwiegend muslimische Türkei überhaupt in die EU passe. Damit verbunden sind die taktischen Diskussionsspiele, welche vorgaukeln, die Türkei solle bereits in aller Kürze beitreten, wovon überhaupt nicht die Rede sein kann. Für die nationalistisch erzogenen Türken ist diese Diskussion eine fast unerträgliche Kränkung.

Auch die menschenrechtlichen Anforderungen für die Vorbereitung eines EU-Beitritts bewirken einen erheblichen Eingriff in die traditionellen Verhaltensweisen. Man denke nur an die Stellung der Frau in der Gesellschaft und die Diskussion über die „Ehrenmorde“. Beide

Problembereiche sind tief im Bewußtsein der Gesellschaft verankert und berühren selbstverständlich intensiv die vorherrschende männliche Rolle. Freilich werden sie nicht nur von aussen an die türkische Gesellschaft herangetragen, sondern auch als Emanzipations- und Modernisierungsanspruch von innen. Aus der deutschen Geschichte wissen wir, wie heftig solche Ansprüche von den konservativen Kräften bekämpft werden.

Ist man sich in der EU eigentlich klar, was die Forderung nach Freiheit der Meinung für die Türkei bedeutet? Sowohl das osmanische Reich, wie auch die kemalistische Republik sind hierarchisch autoritäre Systeme. Die bedingungslose Verherrlichung von Kemal Atatürk bis heute macht dies ebenso deutlich wie der Anspruch des Militärs der Türkei, letztlich der Hüter der kemalistischen Prinzipien zu sein und bei deren Gefährdung mit Gewalt eingreifen zu dürfen. Freiheit der Meinung bedeutet, dass diese autoritäre Grundstruktur der Türkei in Frage gestellt wird.

Der Völkermord an den Armeniern während des ersten Weltkrieges wird auf die Dauer nicht geleugnet werden können. Der Weg dorthin bietet jedoch große Möglichkeiten der Schuldzuweisung an andere, deren einziges Ziel es sei, die Ehre der Türkei zu beflecken. Das dürfe man sich nicht bieten lassen. Man muss nun erst recht alle Verantwortung für das damalige Geschehen zurückweisen und es verharmlosen. Jeder, der, wie der Schriftsteller Pamuk, die Aufklärung des Geschehens fordert, wird deshalb zu einem Gegner der Türkei stilisiert. Damit begibt man sich allerdings in eine reaktionäre nationalistische Position, die wiederum im Gegensatz zu den Anforderungen für einen EU-Beitritt stehen.

Die Türkei hatte während des Ost-West-Konflikts und auch noch viele Jahre danach ein sehr intensives gutes Verhältnis zu den USA. Seit dem ersten Irak-Feldzug der USA war sie Teil einer militärischen Kooperation mit den USA und Israel, die zusammen eine Regionalmachtfunktion in Nahost wahrnahmen. Diese enge Einbindung wurde mit dem Zweiten Krieg der USA gegen den Irak sehr gelockert, da die Türkei den USA ihre Basen verweigerte. Andere Differenzen, z. B. in der ‚Kurden-Politik, kamen hinzu. Man sieht sich mehr und mehr auf sich selbst gestellt. Auch das fördert die nationalistischen Tendenzen.

Diejenigen Teile der gesellschaftlichen Eliten, denen die EU-Orientierung Einbußen bereitet, nutzen die hier angedeuteten Elemente, um verstärkten Einfluß auf die Politik des Landes auszuüben. Es sind vor allem das Militär, die Bürokratie in den vielen staatlichen Institutionen der Verwaltung, Justiz und Polizei und die Technokratie in den staatlichen Betrieben. Das sind Kräfte die sich auch innerhalb der Regierungspartei AKP finden und die in ihr die Bereitschaft und Fähigkeit zu Reformen begrenzen. Das wirkt sich auch auf die Möglichkeiten zur Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts aus. Seine Lösung ist jedoch die wichtigste Voraussetzung, um Menschenrechte in der Türkei durchzusetzen.

Das Militär hat nun, taktisch geschickt, die unkluge Aufkündigung des einseitigen Waffenstillstands durch die PKK-Guerilla im Sommer 2004 und die Drohung mit individuellen Terrorakten im ganzen Land genutzt, um den Krieg im Südosten des Landes wieder anzuhetzen. Militärische Provokationen gingen dem voraus. Es hat

sich damit wieder in die Rolle des Beschützers des Vaterlands manövriert – schon sind wieder 100 000 Soldaten im Südosten stationiert – und damit seine Position gegenüber der Regierung gestärkt. Der ‚Fahnenzwischenfall‘ war für die Generäle in diesem Zusammenhang wie ein Geschenk des Himmels. Die öffentliche Meinung richtete sich gegen die Kurden. Da hilft auch nicht die jüngste Ankündigung des PKK-Kommandanten Karayilan, die Guerilla sei zum Waffenstillstand bereit, wenn nur Ankara mit gewählten kurdischen Gruppierungen oder Repräsentanten den Dialog über deren Probleme aufnehmen würde. Das Militär ist gerade daran überhaupt nicht interessiert, weil ihm dadurch nur das taktische Spielmaterial, die Konfrontation mit der PKK-Guerilla fort genommen werden würde.

Die Regierung, die sich schon vorher mit dem Kurdenproblem äußerst schwer getan hat, ist nun der Weg zu einer Politik der Aussöhnung aufgrund der Volksempörung vollends versperrt. Ja, sie muß sogar populistisch auf diesen Empörungszug aufspringen. Es rächt sich, dass Ankara in der Phase der EU-Euphorie sich nicht zur Aufnahme des Dialogs mit kurdischen Repräsentanten entschließen konnte. Es sei erlaubt in diesem Zusammenhang an die Vorschläge zu erinnern, die eine Menschenrechtsdelegation unter Führung des Dialog-Kreises im Dezember 2002 Erdogan unterbreitet hat. Die Regierung in Ankara ist nie darauf eingegangen. Später sagte der Ministerpräsident bei seinem Besuch in Berlin sogar, es gäbe gar keine Kurdenfrage. Diese existiert aber trotz dieser Aussage weiter und wird zur Diskreditierung der EU-Regierungspolitik instrumentalisiert. Das Militär führt seinen Angriff gegen Ankara zusätzlich, indem es sich als Hüter des Laizismus gegenüber vermeintlichen islamistischen Tendenzen der AKP darstellt. Damit profiliert es sich auch noch als Bundesgenosse westlicher Sichtweisen, die solche Tendenzen in die Nähe des Terrorismus rücken.

Die Bearbeitung des türkisch-kurdischen Konflikts steht gegenwärtig unter keinem guten Stern. Eine weitere Eskalation ist durchaus zu befürchten. Eine Aussöhnung wird auch dadurch erschwert, dass die kurdische Seite keine angemessene Repräsentation hat, die eine stringente Politik der kurdischen Interessenvertretung im Rahmen der Türkei vertritt. Erwartungen, Leyla Zana könne nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis eine solche Repräsentation bilden, sind bislang nicht erfüllt worden. So bleibt nach wie vor eine der vordringlichsten Aufgaben, um trotz aller nationalistischen Tendenzen in der Türkei eine Politik der Aussöhnung voran treiben zu können, eine auch international akzeptable Repräsentation der kurdischen Interessen zu schaffen.

Andreas Buro

Türkische Sichtweise: „Kein Völkermord an Armeniern“

Atatürk hat zu seinen Lebzeiten neben vielen anderen Institutionen auch eine „Türkische Gesellschaft für Geschichte“ gegründet. Angemerkt sei hier, dass er als erster im Jahre 1930 seinen Kopfschädel messen ließ, damit man die echten Türken von den „Unreinen“ unter-

scheiden könnte. Danach hat man begonnen, überall in der Türkei Kopfmessungen durchzuführen. Im Jahre 1939 haben Beamten physiognomische Daten von 64 000 Menschen aufgezeichnet und ebenso viele Kopfmessungen vorgenommen. Diese Praxis dauerte bis in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts. Selbst die türkischen Lehrer haben in den Schulklassen Kopfmessungen durchgeführt und die Ergebnisse nach Ankara weitergeleitet.

Die genannte Gesellschaft ist zuständig für die offizielle türkische Geschichtsschreibung. Der Vorsitzenden der Türkischen Gesellschaft für Geschichte, Yusuf Halacoglu ist z.Z. damit beschäftigt, den Offiziellen in Ankara Argumente in der Armenierfrage zu liefern. Nach seiner These hat es nur vereinzelt Übergriffe gegen Armenier gegeben, viele Armenier seien hingegen durch Krankheiten gestorben, wofür die schlechte Versorgungslage im ersten Weltkrieg verantwortlich gemacht wird. Während die Armenier und die ganze Welt von 1,5 Mio. Opfern sprechen, sind nach Angaben von Halacoglu und der Türkei lediglich 6 500 bis 8 500 Armenier gestorben. Dagegen seien 519 000 Muslime durch Armenier ermordet worden.

Der türkische Premier Erdogan und sein Außenminister Gül betonten immer wieder, es gebe keinen Grund, sich für die türkische Geschichte zu schämen. „Keiner darf unsere Vorfahren unter Verdacht stellen!“, so Erdogan in der türkischen Zeitung Hürriyet am 27. April 2005. In der gleichen Zeitung veröffentlichte Murat Bardakci, türkischer Journalist und Experte für türkische Geschichte, am 25. und 26. April die handschriftlichen Notizen des Initiators des Völkermordes an Armeniern, Talat Pascha. Talat gab darin bekannt, dass von den innerhalb der osmanischen Grenzen lebenden 1 256 403 Armeniern 924 158 zum langen Todesmarsch, wie Franz Werfel die Deportationen bezeichnete, gezwungen worden sind. Am Ende dieses langen Todesmarsches kam fast keiner mit dem Leben davon. Heute, nach 90 Jahren leben in der Türkei gerade noch 60 000 Armenier. Die Türken sind der Welt eine Erklärung schuldig, wo die übrigen 1,25 Mio. Armenier geblieben sind!

Der deutsche Kanzler Bethmann Hollweg hatte am 7. Dezember 1915 erklärt: „Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht.“ 90 Jahre später hat es zum ersten Mal eine Bundestagsdebatte zum Völkermord an den Armeniern gegeben. Am 21. April 2005 bekannte sich der Bundestag zu der deutschen Mitverantwortung an diesem Massenmord vor 90 Jahren. Den Völkermord offiziell als solchen anzuerkennen, war allerdings für die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten zu heikel, hätte dies doch die deutsch-türkischen Beziehungen allzu sehr belastet. Deswegen wurde der diesbezügliche Antrag an Parlamentsausschüsse überwiesen.

Am Vortag der Bundestagsdebatte hatte sich der türkische Botschafter in Deutschland, Mehmet Ali İrtemcelik, zu Wort gemeldet und den Bundestag vor einer offiziellen Verurteilung der Greueln an Armeniern seitens des Osmanischen Reiches vor 90 Jahren gewarnt. Ein solcher Antrag verfolge den Zweck, die türkische Geschichte zu verleumden und die Beziehungen der Türkei zu Deutschland und der EU zu vergiften, sagte er der Zeitung „Hürriyet“ am 20. April. Eine Zustimmung

zum Antrag werde einen nicht absehbaren Schaden anrichten.

Ein im armenischen Jerewan gefertigter Khatchkar, ein traditioneller Kreuzstein, steht seit 24. April 2005 auf einem kleinen Platz in Bremen. Es ist der erste in Deutschland aufgestellte Gedenkstein, der an die Ermordung von 1,5 Millionen ArmenierInnen in der osmanischen Türkei vor 90 Jahren erinnert. Bürgermeister Henning Scherf hielt eine Gedenkansprache, der armenische Gemeindepfarrer aus Berlin Vardabet Serovpe segnete den Stein. Die Stiftung Armenisches Kulturerbe, die das Mahnmal initiiert hat, will es als „Mahnung gegen jegliche Art von Völkermord“ verstanden wissen. Darüber hinaus nehme der Bremer Gedenkstein die Anerkennung des Massakers in Armenien als Völkermord „faktisch vorweg“.

Am 15. März 2005, dem Jahrestag der Ermordung von Talat Pascha (1921) durch einen jungen Armenier in Berlin, wurde eine Gedenkveranstaltung seitens der Türkischen Gemeinde in Berlin organisiert.

Der Schriftsteller Orhan Pamuk, der von der Ermordung von einer Million Armenier sprach, erhielt Morddrohungen, eine Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen gegen ihn ein. Vier von fünf Türken sind einer Umfrage zufolge dafür, dass die Türkei auf eine EU-Mitgliedschaft verzichtet, falls sie dafür die Einstufung der Massaker an den Armeniern als Völkermord hinnehmen müsste. Die Reaktion der Türkei ist ein Beleg für die innere Verfassung ihrer Gesellschaft. Der Kreis um die türkische Position in dieser Frage wird immer enger: Die Justizbehörden im schweizerischen Winterthur erstatteten Anzeige gegen den Vorsitzenden der türkischen Gesellschaft für Geschichte, Yusuf Halacoglu, weil er bei einem Auftritt in Zürich im Jahre 2004 den Völkermord an den Armeniern geleugnet hatte.

Aufgrund der Bezeichnung des Vaterlandsverrats seitens Justizminister Cemil Cicek hat die Bosphorus-Universität die für den 24. Mai geplante ‚Konferenz über Armenier zur Zeit des Niedergangs des Osmanischen Reiches‘ abgesagt. Im Parlament hatte erst der CHP-Abgeordnete Sükrü Elekdag behauptet, dass es bei der Konferenz darum gehe, die Türkei des Völkermordes zu beschuldigen. Im Namen der Regierung sagte Cemil Cicek sodann, dass eine solche Veranstaltung unakzeptabel sei und verglich sie mit einem Dolchstoß, der der Nation hinterrücks versetzt werde. 109 Mitglieder des Lehrkörpers an der Bosphorus-Universität protestierten gegen die Absetzung der Veranstaltung. Damit werde die Meinungsfreiheit eingeschränkt, noch bevor eine Meinung vertreten wurde.

In einer gemeinsamen Erklärung haben zivilgesellschaftliche Organisationen und Akademiker aufgrund der in Istanbul geplatzten Armenien-Konferenz Justizminister Cicek zum Rücktritt aufgefordert. In dem Text heißt es: „Die Anschuldigung des Vaterlandsverrats von Justizminister Cemil Cicek gegen die Organisatoren einer Versammlung, die noch nicht einmal begonnen hat, ist politisch verantwortungslos und gleichzeitig ein typisches Beispiel für eine extralegale Urteilsvollstreckung. In einer Demokratie und in demokratischen Regierungen ist kein Platz für einen Minister, der das Recht auf diese Weise verletzt, und schon gar nicht für einen Justizminister. Auch die Bezeichnung „Verräterprojekt“ des

CHP-Abgeordneten Elekdag ist besorgniserregend. Wer auf diese Weise provoziert, sollte auch die Verantwortung für mögliche gefährliche Entwicklungen übernehmen. Wir verurteilen das unrechtmäßige und provozierende Verhalten von Justizminister Cicek und fordern ihn zum Rücktritt auf.“

(H, FAZ und junge Welt, 16.3.05; Deutsche Welle und Die Presse | Wien, 14.4.05; Die Welt, 23.4.05, Der Tagesspiegel, 20.4.05, H, 20., 25. und 26.4.05; Kölner Stadtanzeiger, 25.4.05; taz, 25. und 28.4.05; H, 2. und 3.5.05; St. Galler Tagblatt, 3.5.05; C und M, 26.5.05; ÖP, 28.5.05)

Religiöse Minderheiten in der Türkei – z.B. Christ sein

Im vergangenen Dezember gab die EU der Türkei grünes Licht für Beitrittsverhandlungen, obwohl das Kandidatenland die ihm auferlegten Forderungen der EU noch längst nicht erfüllt hat. Die türkische Regierung habe ihre Hausaufgaben in Sachen Minderheiten- und Menschenrechte mehr schlecht als recht gemacht und somit die ‚Kopenhagener Kriterien‘ der EU, wonach die Türkei die Menschenrechte wahren und die Minderheiten achten und schützen müsse, nicht erfüllt, mahnen Menschenrechtsorganisationen wie z.B. Human Rights Watch und kirchliche Stimmen quer durch Europa. Auch die EU-Kommission stellte fest, dass trotz einiger formeller Fortschritte Grundrechte wie z.B. die Religionsfreiheit weiterhin nicht gewährleistet sind.

Vom Schlechten zum Schlechteren habe sich die Lage in der Türkei entwickelt, sagt der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. von Istanbul. Die Diskriminierungen, denen er durch die türkische Regierung ausgesetzt ist, sind in der Tat schwerwiegend. So darf er sich in seiner Heimat offiziell nicht nennen, was er seiner Funktion nach ist, nämlich ‚Ökumenischer Patriarch‘. Damit spricht ihm das türkische Establishment aus ‚nationalen Interessen‘ eigenmächtig ab, Oberhaupt von 330 Millionen orthodoxen Christen weltweit zu sein. Des weiteren verlor er im vergangenen Dezember einen Prozess um ein vom Staat beschlagnahmtes griechisch-orthodoxes Kinderheim, das auf der größten Prinzeninsel im Marmarameer liegt. Obwohl die Eigentumsrechte des Patriarchats über das Heim seit dem Jahr 1902 dokumentiert sind, entzog der türkische Staat ihm den Besitztitel und leitete ein Enteignungsverfahren ein. Es mag wie ein schlechter Witz klingen, doch nach einer gesetzlichen Bestimmung des Jahres 2004 hat sich der türkische Staat die Lizenz erteilt, auch Eigentum der griechisch-orthodoxen Bevölkerung der Insel Imbros, der Heimatinsel des Patriarchen, zu beschlagnahmen. Entgegen den positiven Signalen von 2003 durfte Bartholomaios I. auch die Hochschule und Priesterausbildungsstätte Halki nicht wiedereröffnen – eine Tragödie für den Fortbestand seiner Kirche.

Otmar Oehring, Türkeiexperte und Leiter der Fachstelle Menschenrechte des katholischen Missionswerkes missio in Aachen, sagt kurz und bündig: ‚Bei der Religionsfreiheit, insbesondere für Christen, hat sich schlicht nichts verändert‘. Im Umgang mit den nichtmuslimischen Minderheiten verstoße die Türkei nach wie vor perma-

nent gegen den Gleichheitsgrundsatz, der in ihrer Verfassung verankert ist, sowie gegen den Vertrag von Lausanne, in dem sich die Türkei 1923 ausdrücklich zur Gleichbehandlung der nichtmuslimischen Minderheiten verpflichtet hat. Von der fehlenden Glaubensfreiheit seien aber auch alle übrigen islamischen Konfessionen betroffen wie z.B. die Aleviten. Vom Staat akzeptiert ist allein die sunnitische Variante des Islam. Trotz der ‚EU-Harmonisierungsgesetze‘, die die türkische Regierung erlassen hat, haben die Glaubensgemeinschaften nach wie vor keinen Rechtsstatus, was bedeutet, dass sie eigentlich kein Existenzrecht haben. Die Kirchen dürfen keine Geistlichen ausbilden und keine Gebetsstätten erbauen oder erwerben. Ausländische Geistliche dürfen in der Türkei nicht arbeiten, an den Schulen darf die Muttersprache christlicher Minderheiten wie Aramäisch oder Armenisch weiterhin nicht unterrichtet werden. Durch diese staatlichen Behinderungen wird es den christlichen Minderheiten kaum möglich sein, über die jetzige Generation hinaus zu überleben. ‚Wir müssen aufpassen‘, warnt Oehring, ‚dass es die Religionsfreiheit nicht erst gibt, wenn keine Christen mehr in der Türkei leben.‘

Auch der Besuch Schröders Anfang Mai 2005 beim Bartholomaios I. hat keine Veränderungen herbeigeführt und hatte eher symbolische Bedeutung.

Einem jüngst vorgelegten Gesetzentwurf zufolge sollen nichtmoslemische Religionsgemeinschaften in Zukunft besser gestellt werden: es soll ihnen erlaubt werden, Grundbesitz und Immobilien zu erwerben. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Entwurf Gesetz und ob und inwieweit er in die Praxis umgesetzt werden wird.

(CSI-aktuell, Jan/Feb. 2005; Weser Kurier, 3.5.05; FAZ 3.5.05; FR 11.5. 05)

Rassismus à la Türkei

In einem Land, in dem Bücher von weltbekannten Autoren, wie Yasar Kemal oder Orhan Pamuk lediglich eine Auflage von ein paar tausend Exemplaren erreichen, wird Hitlers ‚Mein Kampf‘ binnen Wochen 100.000 mal verkauft. Dass sich die Türken/innen derzeit so sehr für Hitlers Buch interessieren, steht im Zusammenhang mit einer schon seit einiger Zeit in der türkischen Öffentlichkeit vorhandenen antiwestlichen und besonders anti-amerikanischen Stimmung, die vor allem mit den Erfahrungen der Türkei im Irak-Krieg zusammenhängt. Viele Türken haben die amerikanische Regierung im Verdacht, einen kurdischen Staat im Irak gründen und die gesamte Region entgegen den Interessen der moslemischen Staaten umkrepeln und die Position Israels stärken zu wollen. Besonders beliebt sei ‚Mein Kampf‘ auch bei Anhängern der rechtsnationalistischen Partei MHP, bei den Mitgliedern der populistischen Genc Partisi sowie bei Polizeischülern, berichtet die Zeitung ‚Aksam‘.

Dabei dürfte das Hitler-Buch streng genommen in der Türkei überhaupt nicht auf dem Markt sein: Inhaberin der Rechte an ‚Mein Kampf‘ ist die bayerische Landesregierung – und die erteilt weder im Inland noch im Ausland eine Druckgenehmigung. Das bedeutet, dass die türkischen Exemplare nach deutschem Verständnis Raubdrucke sind. ‚Auf Bitten der bayerischen Landesregie-

rung prüfen wir derzeit die rechtlichen Möglichkeiten, in der Türkei gegen das Buch vorzugehen“, erklärte die deutsche Botschaft.

Auch die jüdische Gemeinde in der Türkei ist beunruhigt über den Erfolg des Hitler-Buches. Der Antisemitismus könnte dadurch angeheizt werden, erklärte ein Gemeindeglieder. Die deutsche Botschaft in Ankara beobachtet die Situation. „Wir sind über die Verfügbarkeit und die offenbar steigende Popularität dieses Buches besorgt“, erklärte die deutsche Vertretung in der türkischen Hauptstadt.

Der große Absatz des Buches steht aber auch im Kontext einer Gegenbewegung, die – ausgelöst durch die im Rahmen der EU-Bewerbung eingeleiteten demokratischen Reformen – in nationalistischen und kemalistischen Kreisen, deren Hauptstütze die Armee ist, entstanden ist. Auf Antrag der Opposition annullierte das türkische Verfassungsgericht erst vor wenigen Tagen ein Gesetz, das Ausländern in der Türkei den Immobilien-Erwerb erlaubte: Kritiker argumentierten, mit dem Gesetz werde die Einheit der Nation gefährdet, und verwiesen unter anderem auf angebliche Landkäufe durch Juden, mit denen israelische Firmen die Trinkwasservorräte der Türkei kapern wollten.

Antisemitismus ist kein neues Phänomen in der Türkei. Bei der Gründung 1923 lebten dort rund 100.000 Jüdinnen und Juden, heute sind es weniger als ein Viertel davon. 1934 kam es im europäischen Teil der Türkei zu antisemitischen Übergriffen, bei denen die jüdische Bevölkerung vertrieben und ihr Vermögen geplündert wurde. 1942 beschloss die damalige türkische Regierung eine Vermögenssteuer, wobei jüdischen und anderen nicht-muslimischen Geschäftsleuten ein sehr viel höherer Steuersatz auferlegt wurde, als den islamischen. Wer nicht zahlen konnte, wurde verhaftet und in ein Arbeitslager deportiert.

Wie überall auf der Welt hat die antisemitische Ideologie auch in der Türkei eine mörderische Praxis. Am 6. September 1986 wurden bei einem Anschlag auf die Neve-Shalom-Synagoge in Istanbul 22 Menschen ermordet. Bei einem Angriff am 1. März 1992 auf dieselbe Synagoge wurden mehrere Menschen verletzt. Im April 1994 wurde der jüdische Friedhof in Istanbul geschändet, Ende Dezember 1994 wurden bei einem Bombenanschlag auf ein Intellektuellen-Café ein Filmkritiker und eine jüdische Archäologin getötet. In einem Bekenner schreiben wurde die Bereitschaft, „noch mehr Juden zu töten“, kundgetan. 1995 folgte ein Mordanschlag auf den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Ankara, den er knapp überlebte. 1996 wurde die Synagoge in Ankara geschändet, 2001 wurde einer der bekanntesten jüdischen Geschäftsleute getötet.

Am 15. November 2003 erfolgte ein Anschlag auf zwei jüdische Gotteshäuser in Istanbul, eines davon wiederum die Neve-Shalom-Synagoge. Bei den Attentaten kamen 57 Menschen ums Leben. Yusuf Polat, einer der verhafteten Attentäter, gab bei seiner Vernehmung zu Protokoll, „aus Unerfahrenheit“ seien die Bomben zu früh gezündet worden, ansonsten „wären die Juden alle zusammen vom Gottesdienst gekommen“. Trotzdem wurde es in der Öffentlichkeit, sowohl in der Türkei als auch im Rest der Welt, nicht als antisemitischer Anschlag wahrgenommen, sondern nur im Zusammenhang mit

Al-Qaida und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 diskutiert.

„Es gibt keinen Rassismus in der Türkei“ sagte der Regierungssprecher, Cemil Cicek, am 28. März 2005. Eine solche Haltung hat es in unserer Kultur nie gegeben, nicht in unserer Geschichte und nicht heute ... Es gibt keinen Rassismus in diesem Land“.

Es ist kein Zufall, dass sich der Roman „Metallsturm“ derzeit sogar noch besser verkauft als „Mein Kampf“. Seine Handlung: US Panzer stoßen aus Nordirak in die Südosttürkei vor. Die Air Force bombardiert Ankara und Istanbul. Ein türkischer Agent übt Vergeltung für sein Land, indem er mit einem nuklearen Sprengsatz Washington D.C. zerstört ... „Vom Anti-Amerikanismus zum Antisemitismus ist es auch für türkische Nationalisten nicht weit. „Es gibt derzeit Sympathien für diese Sachen“, sagt der Medienwissenschaftler Kürsat Bumin.

(H, 12.3.05; N24.de, 10.3.05; Bremer Nachrichten und Tiroler Tageszeitung Online, 16.3.05; Die Presse | Wien, 19.3.05; Reuters und Telepolis, 29.3.05, Referans, 10.4.05; FR, 14. 4.05)

Trotz Reformen bleibt die Macht in den Händen der Militärs

Die Europäische Union erwartet von der Türkei, dass die Militärs sich in Zukunft aus dem politischen Geschäft heraushalten. Zu diesem Zweck sind Verfassungsänderungen vorgenommen und an die Spitze des mächtigsten Apparats in der Türkischen Republik – des Nationalen Sicherheitsrats – zum ersten Mal ein Zivilist gesetzt worden.

Zu wichtigen und alltäglichen Ereignissen geben die Uniformierten jedoch weiterhin Stellungnahmen ab – so zur Frage des EU-Beitritts, zu den Beziehungen mit den Amerikanern, zum Kurden-, Armenier- und Zypernproblem. Zwei Tage nach der Misshandlung der türkischen Flagge in Mersin bezeichnete Generalstabchef Hilmi Özkök die 15–20 Mio. Kurden schließlich als „sogenannte Bürger!“

Der gleiche Hilmi Özkök hielt am 20. April 2005 in der Istanbuler Kriegsakademie unter einem riesigen Bild des Staatsgründers Atatürk eine Grundsatzrede und äußerte sich zu vielen innenpolitischen Themen: So warnte er Ministerpräsidenten Erdogan vor einem „gemäßigt islamischen“ Staatsverständnis, verbat sich eine gesellschaftliche Diskussion über bestimmte Verfassungsartikel und griff die Haltung der EU zur Türkei an. Er erteilte amerikanischen Bestrebungen eine Absage, die Türkei Ländern mit muslimischer Bevölkerung als Vorbild vorzugeben. Als Modell für andere eigne sich die Republik Türkei nur mit ihrem Verfassungsprinzip des Laizismus, sagte Özkök in seiner 90 Minuten dauernden Rede vor der Kriegsakademie, die von allen öffentlichen und privaten Fernsehanstalten übertragen wurde. Nur 15 Minuten sprach er über militärische Themen.

Mit seiner Grundsatzrede, die einem Regierungsprogramm gleichkam, stellte Özkök klar, dass die Militärs ihre Rolle als selbsternannte Wächter über den türkischen Staat nicht aufgeben wollen. Die Türkei sei trotz ihrer vorwiegend moslemischen Bevölkerung kein islamischer Staat, stellte Özkök fest. Jeder Versuch, ein „gemäßigt islamisches Staatsmodell“ zu errichten, werde den

Widerstand der „Nation“ – sprich: der Militärs – hervorruhen. Der Laizismus sei der krönende „Schlussstein“ aller anderen Werte der Republik, sagte er an die Adresse der islamisch geprägten Erdogan-Regierung gerichtet.

In einem Land, in dem die Militärs seit 1960 dreimal demokratisch gewählte Regierungen mit Waffengewalt (1960, 1971 und 1980) und einmal mit einem Postmodernen Putsch gegen Erbakan (1997) absetzten, haben solche Drohungen Gewicht. Den dritten Artikel der türkischen Verfassung, der die Unteilbarkeit des Landes postuliert, erklärte der Generalstabschef für unantastbar: Darüber dürfe nicht diskutiert werden. Özkök schloss weitere Zugeständnisse in der Zypernfrage aus und warf der EU vor, sie habe immer noch nicht die Bedeutung der Türkei für ihre eigene Zukunft verstanden. Wenn der EU-Beitritt der Türkei am Ende scheitere, sei das auch nicht das Ende der Welt. Die Diskussion über den Genozid an den Armeniern bezeichnete Özkök als beendet: Der Friedensvertrag von Lausanne 1923 habe diesbezüglich keinerlei Verpflichtungen auf die neue Republik übertragen.

Den Kurden warf er vor, die Demokratisierung zu missbrauchen, die im Rahmen des EU-Prozesses erfolge. Er sagte, die PKK strebe nicht allein nach kulturellen Rechten für die Kurden, sondern auch nach politischen, womit sie aber den Verfassungsartikel zur unteilbaren Einheit des türkischen Staats gefährde. Der amerikanischen Armee warf Özkök vor, der PKK als „der dritten Kraft im Nordirak“ keinen Einhalt zu gebieten. Dennoch bestritt er eine Abkühlung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Der EU-Botschafter in Ankara, der deutsche Diplomat Hansjörg Kretschmer, wandte sich kürzlich dagegen, dass die türkische Armee politische Aussagen treffe, die eigentlich Sache der zivilen Behörden seien. Das zeige, wie weit die Türkei noch von EU-Standards entfernt sei. Özköks Grundsatzrede hat nicht dazu beigetragen, diesen Abstand zu verringern.

Vor einigen Wochen (18.4.05) sagte der ehemalige Staatspräsident Demirel, der seit den 60iger Jahren die Politik der Türkei mitbestimmt, dass die Türkei einen „Tiefen Staat“, einen „Staat im Staate“ habe, nämlich die Militärs, welche die Republik gegründet haben. Wenn der Staat unregierbar wird oder politisches Chaos entsteht, greife der „Tiefe Staat“ ein, so Demirel. Er spricht aus bitterer Erfahrung, da er zwei Mal, 1971 und 1980 von eben diesen „Hütern des Staates“, vom „Tiefen Staat“ geputscht und von der Regierung vertrieben worden ist.

(H und R, 18.4.05; H, 20.4.05; H, S und ÖP, 21.4.05; FAZ, Bremer Nachrichten, 22.4.05; R, 23.4.05; gazetem.net, 25.4.05; Institut für Islamfragen, 29.4.05)

Die Mehrheit der Deutschen ist gegen einen EU-Beitritt der Türkei

Drei Viertel der Bundesbürger sind gegen ein EU-Mitglied Türkei. Nur 22 Prozent sprachen sich dafür aus, wie eine am 27. April 2005 veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest ergab. Insgesamt befragte TNS Infratest Mitte April 1000 Wahlberechtigte. Ein Jahr nach der Aufnahme von zehn neuen Staaten in die EU hätten die Deutschen ein gespaltenes Verhältnis zu der Erweiterung, hieß es.

Nach der CDU/CSU stellte auch der Vorsitzende der Sozialdemokraten im EU-Parlament, Martin Schulz (SPD), den vorgesehenen Starttermin am 3. Oktober 2005 in Frage. Die türkische Regierung müsse mehr für Reformen tun und „endlich die Zypern-Frage lösen“, forderte Schulz. „Im Moment sehe ich da keine Bewegung. Wenn das so bleibt, gibt es keinen Beginn der Beitrittsverhandlungen.“

Bisher waren die Sozialdemokraten, besonders die deutschen, vehemente Verfechter eines EU-Beitritts der Türkei. Die jüngsten Entwicklungen in dem Land aber seien „Besorgnis erregend“, sagte Fraktionschef Schulz. Er erwähnte das harte Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten am Weltfrauentag (siehe NN 1/2005, S. 17) und die anschließende harsche Reaktion Ankaras auf europäische Kritik. „Das ist gegen jede Gepflogenheit und so nicht hinnehmbar“, betonte Schulz. „Es zeigt, dass Ankara seine Tonlage geändert hat. Wenn die Türkei die Bedingungen nicht erfüllen kann oder will, wird sie ihr Ziel nicht erreichen.“

(Berliner Zeitung, 19.3.05; H und Die Welt, 24.3.05; ZEIT.DE, 28.4.05)

EU ruft Türkei zu weiteren Reformen vor Beginn der Beitrittsgespräche auf

Die Europäische Union hat die Türkei zu entschiedeneren Reformen vor den für Oktober geplanten Beitrittsgesprächen aufgefordert. Die EU-Außenminister äußerten sich am 25. April 2005 besorgt darüber, dass die Türkei keine ausreichenden Fortschritte bei der Sicherung der Religionsfreiheit und der Minderheitenrechte mache. Zudem forderten sie das Land auf, die zivile Kontrolle über das Militär sicherzustellen und Folter endgültig abzustellen.

(Reuters, 25.4.05; ÖP, H und DER STANDARD, 27.4.05)

Unterschriftenkampagne: „Ich bin Kurde, parteiisch und fordere auf“

Am 24. März 2005 haben 81 kurdische Intellektuelle in der Türkei eine Unterschriftenkampagne mit folgendem Wortlaut gestartet:

„Wir, die Erstunterzeichnerinnen und Unterzeichner, möchten vor allem das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, die Regierungen und Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten und die Große Nationale Versammlung der Türkei sowie die europäischen Völker und Weltöffentlichkeit auf 20 Millionen Kurden aufmerksam machen, die zu einem Leben ohne Menschenwürde und ohne Gerechtigkeit gezwungen worden sind.

Ein Leben in der Türkei ohne Repressalien und Ängste, in Sicherheit und Freiheit, menschenwürdig und gleichberechtigt mit dem türkischen Volk ist das selbstverständlichste, humanste und legitimste Recht des kurdischen Volkes.

Dafür soll die Verwaltungs- und politische Struktur auf der Gleichberechtigung der beiden Völker, auf dem gegenseitigen Respekt und Vertrauen pluralistisch und föderal neu definiert bzw. aufgebaut werden. Das entspricht auch den völkerrechtlichen Normen.

- In diesem Rahmen;
- soll Meinungs- und Organisationsfreiheit geschaffen werden;
 - sollen in einem unter freien Bedingungen mit beiderseitiger Beteiligung verfassten Grundgesetz die Existenz und die national-demokratischen Rechte des kurdischen Volkes gesichert werden, damit es in seiner angestammten Heimat in Geborgenheit leben kann;
 - sollen den Kurden gesetzlich garantiert werden, sich nach ihrer Identität zu organisieren, Parteien, Vereine, Stiftungen, Gewerkschaften, Clubs, Berufsverbände, etc. mit kurdischen Namen gründen zu können, und soll der Gebrauch der kurdischen Sprache in diesen Institutionen weder gesetzlich noch willkürlich verhindert werden;
 - soll Kurdisch in der Türkei neben Türkisch als offizielle Sprache anerkannt, alle Einschränkungen im Bereich Fernseh- und Radiosendungen in kurdischer Sprache abgeschafft, von der Grundschule an bis hin zum Abschluß an der Universität in den Regionen, in denen überwiegend Kurden leben, in Kurdisch, und in anderen Regionen kurdisch wahlweise unterrichtet werden;
 - sollen die Bezeichnungen von kurdischen Ortschaften, Flur und Flora, die ohne Willen der kurdischen Bevölkerung ins Türkische geändert wurden, ihre ursprünglichen kurdischen Namen zurückerhalten;
 - soll eine Generalamnestie erlassen werden, damit in der Gesellschaft ein Basis für ein gegenseitiges Vertrauen, Gerechtigkeitsgefühl und friedliches Zusammenleben geschaffen werden kann;
 - sollen die Ortschaften, die niedergebrannt, zerstört und evakuiert wurden, wieder aufgebaut, die Produktivität in der Region gefördert, die Rückkehr der vertriebenen Menschen ermöglicht und diese entschädigt werden. Dafür soll baldmöglichst ein Plan erarbeitet und ins Leben gerufen werden, damit sich die Lebensbedingungen in der Region normalisieren. Ferner sollen Leistungen in den Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur gewährleistet sein.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Europäische Union, die alsbald Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufnehmen wird, bei der Anerkennung der national-demokratischen Rechte des kurdischen Volkes sowie bei anderen Themen Partei ist. Daher steht die EU unter einer Gewissens-, politischen und moralischen Verantwortung. Die Lösung der Kurdenfrage auf der Grundlage von Gerechtigkeit- und Gleichberechtigung darf nicht mehr verschoben werden.“

Näheres bei: IMK e.V., Kampagne „Eine Million Unterschriften“, Postfach 200738, 53 137 Bonn

Oberverwaltungsgerichts: Keine Gruppenverfolgung von Kurden in der Türkei

Angehörige der Kurden in der Türkei sind nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster keiner an ihre Volkszugehörigkeit anknüpfenden Gruppenverfolgung ausgesetzt. Der achte Senat des OVG bescheinigte der Türkei in einem am 4. Mai 2005 veröf-

fentlichten Grundsatzurteil, die Menschenrechtslage habe auf Grund der Reformen der Regierung in Ankara, die auch der Annäherung an die Europäische Union dienen sollen, „wichtige Verbesserungen erfahren“. Politische Verfolgung gebe es aber weiterhin. Folter werde indes „seltener als früher und vorwiegend mit anderen, weniger leicht nachweisbaren Methoden praktiziert“.

Mögliche Adressaten politischer Verfolgung seien vor allem Politiker, Journalisten, Menschenrechtler und andere Personen, die sich für die Interessen der kurdischen Bevölkerung einsetzen. Allein wegen ihrer Volkszugehörigkeit müssten Kurden eine politische Verfolgung nicht befürchten. Auch nach einer Abschiebung in die Türkei drohe abgelehnten Asylbewerbern „nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine menschenrechtswidrige Behandlung“, urteilte der Senat in einem von einem Kurden angestregten Verfahren. Revision zum Bundesverwaltungsgericht ließen die Richter nicht zu. (AZ: 8A273/04.A)

Anscheinend haben die Richter andere Informationsquellen als die Menschenrechtsorganisationen und die Presse. Wenn die pogromähnlichen Übergriffe unter Duldung der Staatsgewalt und rassistische Hysterie gegenüber Kurden nicht von einer Gruppenzugehörigkeit abgeleitet sind, dann müssen deutsche Richter erklären, welche anderen Ursachen diesen Übergriffen zugrunde liegen.

(Reuters, 4.5.05)

Israel und Türkei tauschen Geheimdienst-Informationen aus

Israel und die Türkei haben am 1. Mai 2005 eine engere Zusammenarbeit und den Austausch von Geheimdienst-Informationen vereinbart. Zu diesem Zweck werde eine direkte Telefonverbindung zwischen den Büros der beiden Regierungschefs eingerichtet, erklärten der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon und sein türkischer Amtskollege Tayyip Erdogan nach einem Treffen in Jerusalem. Damit solle sichergestellt werden, dass beide Seiten „präzise Informationen auf höchster Ebene“ haben.

Erdogans erste Reise nach Israel gilt als Bemühen, die durch den palästinensischen Aufstand angespannten Beziehungen zu verbessern. Im Herbst 2004 bezichtigte Erdogan Israel nach Gegenschlägen auf Palästinenser des Staatsterrorismus. Die Reise nach Israel wird in der Türkei darüber hinaus als Türöffner zum Besuch in den USA bewertet. Nach dieser Reise hat sich Präsident Bush bereit erklärt, Erdogan im Juni zu empfangen.

Nach Informationen der türkischen Zeitung Hürriyet haben die Regierungschefs 17 militärische Projekte vereinbart. Es geht u.a. um die Modernisierung 48 türkischer Kriegsflugzeuge vom Typ F4, um den Kauf von M60 Panzern und unbemannten Spionageflugzeugen seitens der Türkei.

Die Türkei ist eines der wenigen Länder in der Region, das gute Beziehungen sowohl zu Israel als auch zu den Palästinensern, zu Syrien und Iran unterhält. Die Handelsbeziehungen zwischen Israel und der Türkei erreichen jährlich einen Umfang von zwei Milliarden Dollar.

(Reuters, 2.5.05; H, 3.5.05)

Rüstungsboykott gegen Österreich, Schweiz und Schweden aufgehoben

Die Türkei hat Österreich, Schweiz und Schweden von ihrer Liste der Länder gestrichen, von denen sie keine Rüstungsgüter kauft. Die Entscheidung fällt der Generalstab der türkischen Armee und das Außenministerium in Ankara gemeinsam. Auf dem Weg zur Mitgliedschaft in die Europäische Union seien Rüstungsboykotte gegen EU-Staaten oder andere europäische Länder nicht mehr angemessen, hieß es in Ankara zur Begründung.

Mit ihrer 1995 eingeführten „Roten Liste“ des Rüstungsboykotts hatte sich die Türkei gegen Kritik aus europäischen Ländern an ihrem Krieg gegen das kurdische Volk gewehrt.

(H und ORF.at und azonline.ch, 29.4.05)

Ein Kurde an der Spitze des neuen Irak

Zur Wahl Jalal Talabani zum Staatspräsidenten vom Irak erklärt die PUK folgendes: „Das am 30. Januar gewählte irakische Parlament hat am 6. April 2005 Jalal Talabani, Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), zum Staatspräsidenten der Republik Irak gewählt.“

Die Wahl von Jalal Talabani ist von historischer Bedeutung und zweifellos ein Meilenstein in der Geschichte des ganzen kurdischen Volkes: Ein Kurde wurde Präsident eines Staates, der über Jahrzehnte sein Volk gedemütigt, unterdrückt, vertrieben und ausgebeutet hat.

Das kurdische Volk insgesamt und die Mitglieder der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) im Besonderen empfinden darüber tiefe Genugtuung und Stolz. Dies ist offensichtlich Zeugnis dafür, dass die Kurden nun endgültig ihren Status als Bürger zweiter Klasse im Irak abgestreift haben - Lohn des jahrzehntelangen Kampfes der Kurden Iraks um legitime Rechte und Selbstbestimmung. Noch vor nicht allzu langer Zeit hatte der irakische Diktator Saddam Hussein Giftgas gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt und versucht, das Land mit so genannten Arabisierungsmaßnahmen ‚ethnisch zu säubern‘.

Und noch mehr: Die Wahl Talabanis ist Garant dafür, dass die hohen Erwartungen nach einem freiheitlich-demokratischen und föderalen Irak, eines von Hass und Terror befreiten friedlichen Landes realistisch sind und von Erfolg gekrönt sein werden. Gleichzeitig ist diese Wahl ein Zeichen der Versöhnung, des Ausgleichs und des Friedens zwischen allen ethnischen und religiösen Volksgruppen im Irak.

Die Rolle, die Jalal Talabani in seinem 72-jährigen Leben bisher im Kampf um die Verwirklichung der Rechte der irakischen Kurden gespielt hat, war aufopferungsvoll, schwierig und äußerst gefährlich. Er kennt das Schicksal eines Flüchtlings, eines Gefangenen und Entrechteten. Seine Wahl zum Präsidenten Iraks beschert diesem unermüdlichen politischen Aktivisten für Recht und Freiheit seines Volkes einen Triumph und dem ganzen kurdischen Volk historische Genugtuung für Leid und Missachtung.

Seit seinem 14. Lebensjahr hat sich Jalal Talabani, der 1933 in dem Dorf Kalkan in der Provinz Kirkuk geboren wurde, dem Kampf für die kurdische Sache gewidmet. In den frühen 50er Jahren war er Mitbegründer der Kurdischen Studentunion in der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP). Bald nahm er eine führende Funktion innerhalb der KDP ein. 1961 beteiligte er sich am Aufstand der Kurden gegen das Regime von Abdul Karim Kassem in Bagdad. Im Jahre 1975 gründete Talabani schließlich mit seinen Anhängern die Patriotische Union Kurdistans (PUK), die mit den Stammestraditionen der Mutterpartei KDP brach und sich sozialdemokratischen Idealen verschrieb. Als politischer Führer in Irakisch-Kurdistan gelang es ihm nach dem zweiten Golfkrieg von 1990/91 – trotz zeitweiliger politischer Rivalitäten und Meinungsverschiedenheiten – gemeinsam mit der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) in Irakisch-Kurdistan (Nordirak) außerhalb des Machtbereichs des Saddam-Regimes für ganz Irak vorbildhafte demokratisch strukturierte Selbstverwaltungsorgane zu etablieren und eine politisch wie wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung einzuleiten. Nicht zuletzt der außerordentliche Wahlerfolg der programmatisch zukunftsweisenden „Allianz Kurdistans“ (als gemeinsame Liste von PUK und KDP sowie weiterer kurdischer Parteien) zur irakischen Nationalversammlung am 30.01.2005 verliehen Jalal Talabani erneut Charisma und Hochachtung im In- und Ausland.“

Nach der Wahl sagte Talabani: „Heute fühle ich mich als Iraker“. In der neuen und demokratisch gewählten Regierung Dr. Ibrahim al-Dschafaris sitzen neun kurdische MinisterInnen : Dr. Roj Nouri Shawiz (KDP), stellvertretender Ministerpräsident, Hoshiar Zebari (KDP), Außenminister, Dr. Barham Saleh (PUK), Minister für Planung und Entwicklungszusammenarbeit, Abdulbasit Karim Mawloud (PUK), Handelsminister, Frau Dr. Juan Fuad Masoum (PUK), Ministerin für Kommunikationswesen, Frau Nasreen Barwari (KDP), Ministerin für Stadtverwaltungen und öffentliche Angelegenheiten, Edris Hadi (KDP), Minister für Arbeit und soziale Angelegenheiten, Dr. Latif Rashid (PUK), Minister für Wasserressourcen, Frau Narmin Othman (PUK), Ministerin für Umwelt.

(PM, 7.4.05, Patriotische Union Kurdistans (PUK) – Büro für Internationale Beziehungen in Deutschland, Fax (030) 863 987 94, PukOffice@pukg.de, Internet: www.pukg.de

Iran: Repressalien gegen die Kurden nehmen zu

Das Politbüro der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran teilt mit: Im April sind zahlreiche Kurden in Iranisch-Kurdistan aus politischen Gründen festgenommen und inhaftiert worden. Von folgenden aus der Stadt Nodshe stammenden Personen, die am 5. April 2005 festgenommen worden waren, fehlt bis heute jede Spur: Jian Kamkar, Wirya Karimi, Hiwa Nuri, Weten Ibadi, Khalil Rasouli und Kawe Anwari.

Mehrere politische kurdische Gefangene aus Mehabad sind zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt worden.

Sie sind nun aus Protest gegen ihre ungerechte Verurteilung in einen Hungerstreik getreten und fordern die Revision der Urteile.

Die Demokratische Partei Kurdistan-Iran verurteilt das Vorgehen der Islamischen Republik aufs schärfste und fordert die internationale Gemeinschaft, Menschenrechtsorganisationen und alle Demokraten der Welt auf, gegen die ungerechtfertigte Verurteilung kurdischer politischer Aktivisten zu protestieren und sich für die Aufklärung ihres Schicksals einzusetzen. Lassen Sie nicht zu, dass das Regime der Islamischen Republik unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit seine gravierende Menschenrechtsverletzungen und seine Unterdrückungspolitik gegen das kurdische Volk fortsetzt.

Ein iranischer Journalist beschuldigt den iranischen Ex-Präsidenten und derzeitigen Präsidentschaftskandidaten Ali Hashemi Rafsandjani, 1988 den Befehl für die 1989 durchgeführte Ermordung des damaligen Generalsekretärs der Kurden-Partei PDKI, Abderrahman Ghassem-lou, sowie von zwei weiteren Kurden in Wien erteilt zu haben. Dies erklärte der Österreicher Sicherheits-sprecher Peter Pilz, der am 20. Mai 2005 mit dem Journalisten in Versailles gesprochen hatte, auf einer Pressekonferenz in Wien. Der Zeuge sei bereit, vor den österreichischen Behörden auszusagen. „Ich werde alles tun, damit das Verfahren wieder aufgenommen wird“, sagte Pilz. Am 13. Juli 1989 waren Ghassem-lou sowie sein Vertreter Abdullah Ghaderi und der österreichisch-irakische Vermittlungsmann Fadzal Rassul in einer Wiener Wohnung von einer iranischen Gruppe erschossen worden. Die Ausrüstung des Terrorteams ist laut schriftlicher Aussage des Zeugen von der iranischen Botschaft in Wien zur Verfügung gestellt worden. Taghipoor habe dem Zeugen erzählt, dass „die Regierung von Österreich auf Grund ihres politischen und wirtschaftlichen Interesses am Iran, der iranischen Delegation ihre Hilfe zur Zusammenarbeit zu Verfügung gestellt habe, um die Mörder zum Flughafen zu begleiten“.

(PM, 16.5.05, Politbüro der Demokratische Partei Kurdistan-Iran; <http://www.gruene.at/themen.php?tid=34658&kid=31>)

Kurden in Syrien

Die Gesellschaft für bedrohte Völker am 12. Mai 2005 teilte mit: „Unbekannte haben das geistliche Oberhaupt der Kurden in Syrien, Scheich Maschuk Al Khznawi, am 11. Mai 2005 in Damaskus aus dem Restaurant Rabua entführt. Der sunnitische Scheich gilt als liberaler Verfechter der Rechte der Kurden. Al Khznawi habe die Kontakte zwischen Vertretern der EU und den in Syrien verbotenen kurdischen Parteien koordiniert. Sein Verschwinden sei vor dem Hintergrund der anhaltenden Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung, die mit zwei Millionen Angehörigen rund zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung Syriens stellt, besonders besorgniserregend. Kurdische Organisationen haben der GfbV gegenüber den Verdacht geäußert, dass staatliche Stellen in die Entführung verwickelt sein könnten. Die Angst um Leid und Leben des Geistlichen ist angesichts von Folter und Misshandlung in syrischen Gefängnissen begründet. Die GfbV hat sich deshalb mit Bitte um Aufklärung an die syrische Regierung gewandt. Mittlerweile ist die Leiche des Scheichs gefunden worden.“

Obwohl der syrische Präsident Bashir al Assad die Freilassung von 312 kurdischen politischen Gefangenen versprochen hatte, wurden bisher tatsächlich nur 150 von ihnen auf freien Fuß gesetzt. Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Arabern. Erst letzte Woche wurde ein 17-jähriger Kurde in Qamis-hli von sechs arabischen Syrern ermordet.

Im ai-Heft Mai 2005 wird über die Kurden in Syrien u.a. folgendes berichtet: „Rund 1,5 bis zwei Millionen Kurden leben in Syrien. Seit 1958 sind Publikationen in der Sprache der Minderheit verboten, sie wird in keiner Schule gelehrt. Bis zu fünf Jahre Haft drohen bei Missachtung. Während andere Minderheiten etwa armenischen, assyrischen oder jüdischen Ursprungs Privatschulen unterhalten oder Geschäfte in ihrer eigenen Sprache benennen dürfen, ist dies Kurden verwehrt. 1962 hatte die Regierung mit ihrer „Arabisierung“-Politik Kurden in den bis dahin von ihnen bewohnten Gebieten drangsaliert. Rund 100.000 Menschen wurden zwangsweise umgesiedelt; in 300 ehemals kurdischen Dörfern wurden arabische Familien angesiedelt. Das strategische Ziel sah vor, einen „arabischen Gürtel“ zwischen den Kurden Syriens und der kurdischen Bevölkerung in den Nachbarstaaten zu bilden. Besonders unter Repression zu leiden haben die so genannten staatenlosen Kurden. Ihre Zahl wird auf 200.000 bis 360.000 geschätzt. Sie dürfen kein Haus und Land besitzen, kein Geschäft führen und verschiedene Berufe, zum Beispiel Anwalt oder Arzt, nicht ausüben...“

ai setzt sich dafür ein, dass Syrien die Rechte der kurdischen Minderheit achtet. „Die jüngste Freilassung von mehr als hundert kurdischen politischen Gefangenen Ende März ist ein erster positiver Schritt,“ sagt Margit Roth, Syrien-Expertin von ai. „Jetzt müssen weitere Taten folgen: Die Vorfälle vom März 2004, insbesondere die schweren Vorwürfe von unrechtmäßigen Tötungen und Folter, müssen untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.“

(PM, GfbV, 12.5.05, Fax: 0551, Email: nahost@gfbv.de; ÖP, 1. 5. und 22.4.05; ai-Journal Mai 2005, S. 31, Urgent Action ai,13.5.05)

„Haus des Lebens“ für Straßenkinder

Mit Unterstützung der Apotheker-Vereinigung (TEB) und der Europäischen Union wird in Amed ein „Haus des Lebens“ eingerichtet. Mit diesem auf 430 000 Euro veranschlagten Projekt wird drogenabhängigen Straßenkindern die Möglichkeit medizinischer und psychologischer Behandlung sowie einer Berufsausbildung gegeben.

Wie der TEB-Vorsitzende Mehmet Domac erklärte, seien aufgrund von Flucht und Armut auf der Straße lebende und arbeitende Kinder jeder Art von Krankheit und Gewalt ausgesetzt. Diese Bedingungen führten zu erhöhter Gewaltbereitschaft bei den Kindern selbst. Die Kriminalitätsrate drogenabhängiger Kinder sei nicht nur aufgrund der Abhängigkeit hoch. Auch reagierten die Kinder auf die Gewalt der Straße mit Gewalt. „Die Probleme, die Kinder dazu zwingen, auf der Straße zu leben und die sie abhängig machen, sind von uns geschaffen. Deshalb müssen wir sie auch bekämpfen.“

Deshalb haben wir in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, dem Gouverneur, örtlichen zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen sowie internationalen Einrichtungen das Projekt „Haus des Lebens“ entworfen. Die Eröffnung ist für September geplant.“

Im „Haus des Lebens“ soll Kindern und Jugendlichen bis zu 18 Jahren neben Behandlung, Beratung und Ausbildung vor allem das Bewusstsein vermittelt werden, „dass auch sie das Recht auf ein normales Leben haben“, erklärte Domac.

(ÖP, 21.5.05)

Jeder 4. lebt unter dem Existenzminimum

Das staatliche Statistikinstitut hat Zahlen für das Jahr 2003 herausgegeben. Nach ihnen betrug die Zahl der Armen in der Türkei (weniger als 186 YTL = 100 Euro pro Kopf und Monat) 19,46 Millionen. Unterhalb der Hungergrenze (weniger als 75 YTL = unter 50 Euro pro Kopf und Monat) lebten 894.000 Personen. Damit hat sich der Prozentsatz der Armen im Land im 1. Jahr der AKP Regierung von 27 auf 28% gesteigert (im Vorjahr waren 18,4 Millionen gezählt worden). Auf dem Land beträgt der Prozentsatz der Armen 37% und auch die Hungernden sind auf dem Land stärker vertreten. Unter den Saisonarbeitern liege die Zahl der Armen bei 45%. Von den unbezahlten Familienangehörigen und Lohnempfängern werden 82% inoffiziell beschäftigt. Insgesamt sind nur 48% der arbeitsfähigen Bevölkerung versichert. 11 Millionen Menschen sind nicht versichert.

(M, 20.5.05, R, 25.5..05)

Orhan Pamuk: „Du bist berühmt, es besteht Gefahr“

Im jüngsten, von der „New York Times“ zur Pflichtlektüre dieses Frühjahrs erklärten Roman Orhan Pamuks ist ein altes Hotel die Bühne, auf der die tragikomischen Abenteuer des Dichters Ka spielen. „Schnee“ ist eine Geschichte von Politik, Liebe und Gewalt in der türkischen Provinz. Mehrere junge Kopftuchträgerinnen begehen Selbstmord, ein frustrierter Schauspieler organisiert einen Putsch und der Dichter Ka will heiraten. Orhan Pamuk entwickelt daraus eine Reflexion über die Identitätskrise der türkischen Gesellschaft.

Auf die Fragen von Juan Gaston Messerschmidt von der „Welt am Sonntag: „Würden Sie „Schnee“ als einen politischen Roman bezeichnen?“ antwortet Orhan Pamuk: „Absolut. Die türkischen Autoren der vorigen Generation haben durch politische Romane ihre Werke eher zerstört als ihrem Land gedient. Deshalb schrieb ich keine. Aber in den letzten Jahren engagierte ich mich für die Menschenrechte im Land. Also sagte ich mir: nun muß du in einem Buch deine Gedanken offenlegen. Es gibt im Lebenslauf des Protagonisten, des Dichters Ka, eine intensive wechselseitige Beeinflussung von politischem und privatem Leben. Er lebt in den 90er Jahren als politischer Exilant in Deutschland. Seine Einsamkeit ist die eines türkischen Intellektuellen. Er wünscht sich nur noch, mit einem Mädchen ein glückliches Leben zu

führen – aber er wird von der Politik mitgerissen.“

Politik scheint in Ihrem Buch stets mit starken Emotionen, mit Wut behaftet zu sein.

Pamuk: Politik in ihrer zornigen Form ist in der Türkei sehr oft eine Sache der Unglücklichen. Etliche Gruppierungen wie die türkischen und kurdischen Nationalisten, das Militär, die Laizisten, die Ex-Linken, die Islamisten bekämpften sich aufs Härteste, wie in meinem Buch. Viele meiner Freunde sagen, daß sie „früher“ so waren. Aber tatsächlich hat sich die Türkei nicht sehr verändert. Genau wie Ka muß ich mir nach wie vor Vorwürfe wie „vaterlandsloser Geselle“ oder „Agent für die westlichen Dienste“ anhören.

Woher kommt dieser Fanatismus?

Pamuk: Er entsteht aus der mangelnden Entwicklung des liberal-toleranten Gedankengutes im Mittleren Osten. Im Buch geht es um den Zorn jener, die in der Provinz in kargen Verhältnissen leben. Meine Helden merken wie alle politisch interessierten Menschen in der Türkei, wie reich, rational und erfolgreich der Westen ist. Ihr Neid äußert sich im politischen Islamismus oder im laizistischen Nationalismus. Beide Richtungen sehen den Westen als Gegner. Das finde ich falsch, aber ich möchte es verstehen. Mein Werk ist ein Bemühen, in die geistige Welt eines Extremnationalisten oder eines Islamisten einzutreten.

In Ihrem Buch wollen die Menschen immer jemand anderes sein ...

Pamuk: Die Unzufriedenheit mit sich selbst gibt es seit 200 Jahren. Dahinter steckt das Zugrundegehen des Osmanischen Reiches. Dieser Prozeß löst Haß und Zorn aus, aber auch die Sehnsucht, westlich-modern zu werden.

Ist der Name Ihres Helden, Ka, ein Verweis auf Kafka?

Pamuk: Vielleicht. Ka ist eine Abkürzung seines Namens, Kerim Alakusoglu. Mein Held findet unter den politischen Gruppierungen kein Zuhause. Er ist in der Türkei ein Fremder genauso wie in Deutschland.

Was ist der Unterschied zwischen dem aus seelischen Bedürfnissen entstammenden Islam und dem politischen Islamismus?

Pamuk: Der Islam ist eine große Zivilisation wie das Christentum. Der politische Islamismus ist ein Konstrukt demagogischer Konservativer, um die Massen hinter sich zu versammeln. Seine Mittel widersprechen oft dem Islam. Zum Beispiel ist es im Islam verboten, Menschen darzustellen. Doch Chomeini nutzte seine eigenen Bilder als Propagandamittel. In den 90ern war der politische Islamismus im Aufwind. Er kam in der Türkei an die Macht und verlor bald seine Anziehungskraft. Heute können die Islamisten nirgendwo auf der Welt die Massen mobilisieren außer in Palästina, weil dort das Volk so viel Ungerechtigkeit ertragen muß.

Der dümmste Fehler der westlichen Medien ist, die islamische Zivilisation mit dem politischen Islamismus zu verwechseln. Die Ereignisse in den Niederlanden sind ein Beispiel: Ein islamistischer Aktivist ermordet einen Filmemacher. Daraufhin verübten extrem nationalistische Holländer Anschläge auf Moscheen und muslimische Schulen. Wir sagen nicht, „die Christen verbrennen muslimische Schulen“, sondern: „Die Extremnationalis-

tun es“. Doch wenn ein politischer Islamist in Aktion tritt, heißt es: „Die Muslime haben das getan“.

Sehen Sie Parallelen zwischen den Selbstmorden junger Frauen in ihrem Buch und den jungen islamistischen Selbstmordattentätern?

Pamuk: Der Islam verbietet den Selbstmord eindeutig. Hinter den Selbstmordattentaten steht nichts als Hilflosigkeit.

Wie sehen Sie die Annäherung der Türkei an die EU?

Pamuk: Sie hat das Klima in der Türkei sehr zum Positiven gewandelt, es herrscht eine konstruktive Atmosphäre. Wir müssen jetzt die Geschichte der Türkei – auch ihre furchtbaren Ereignisse – offen betrachten und alles mutig beim Namen nennen. In der Türkei und in Europa gibt es Menschen, die aus rassistischen Gründen ein Zusammenleben von Türken und Europäern ablehnen. Doch für Europas Zukunft ist es sehr wichtig. Wenn es einem muslimischen Land gelingt, durch Interkulturalität demokratische Standards zu erreichen, dann bedeutet das für die Türkei und für Europa eine radikale Neudefinition.

Was wären die Folgen, wenn die Türkei der EU nicht beiträgt?

Pamuk: Viel wesentlicher als ein EU-Beitritt ist die Verwirklichung der Demokratie. Wenn die Türkei sich in den nächsten Jahren zu einer demokratischen Gesellschaft entwickelt, hat der Beitritt keine große Bedeutung. Man sollte nicht vor den Türken Angst haben, nur vor einer Türkei ohne Demokratie. Falls die Union es nicht will, nimmt sie die Türkei nicht auf. Das ist ihr gutes Recht.

Wenn Sie weniger berühmt wären, wäre es dann gefährlich, diesen Roman zu veröffentlichen?

Pamuk: Meine Bekanntheit bietet mir einen gewissen Schutz. Trotzdem: Als ich mit der Arbeit fertig war, fragte ich meinen Verlag, ob man mit einem Rechtsanwalt reden sollte. „Die Türkei und die EU nähern sich an, du bist berühmt, es besteht keine Gefahr“, war die Antwort. Nachdem sie das Buch gelesen haben, wollten sie doch einen Anwalt zu Rate ziehen, ein Teil der Auflage wurde wegen der Gefahr der Verfolgung an einem geheimen Ort versteckt.

(Welt Am Sonntag, 10. 4.05)

Kurdische Filme im Aufbruch

„**Schildkröten können fliegen**“ ist der Titel des neuen Films von Bahman Ghobadi, der seit Mai 2005 in mehreren Städten Deutschlands in Kinos zu sehen ist. Er gewann 2004 beim Filmfestival im spanischen San Sebastian den Hauptpreis und am 18. Februar 2005 den Friedensfilmpreis der diesjährigen Berlinale. Angesiedelt im Grenzgebiet zwischen der Türkei und dem Irak erzählt der Regisseur, der bereits für seinen Erstling „Zeit der trunkenen Pferde“ viel Aufmerksamkeit bekam, von kurdischen Waisenkindern unmittelbar vor der amerikanischen Irak-Invasion.

Die Hauptakteure im Film sind die Waisenkinder unmittelbar vor der amerikanischen Irak-Invasion. Die Schrecken von Bürgerkrieg und Landminen kennen sie allerdings schon lange. Denn seit Jahren leben sie, ohne fließendes Wasser, Medikamente oder Schule, drang-

saliert von Saddam Hussein, verraten von den Amerikanern bereits 1991, in einem Flüchtlingslager. Sie leben wie der 13-jährige Soran vom „Organisieren“ des Lebensnotwendigen oder wie die meisten vom Entschärfen von Landminen, die sie dann verkaufen.

Bei Ghobadis Film handelt es sich nicht um moralisches Erbauungskino, das den Zuschauer einlullt, sondern um eine erschütternde Erzählung, die ihn aufgewühlt und voller Fragen zurücklässt – zweifellos die produktivere Erfahrung. Wunderbar verbindet der Film tiefe Einblicke mit Humor. Seine Stärken sind die Kinder-Darsteller (alle ohne Schauspielerfahrung) und ein Ende, das so hart wie subtil ist. Politisch wird der Film gerade dadurch, dass er Abstraktionen und Ansichten Gesichter gibt und es sich nicht zu einfach macht.

„**Null Kilometer**“ heißt der Film von Hiner Saleem. Ako ist ein junger, verheirateter Kurde, der in Amediye im Irak lebt. Es ist die Zeit des Krieges zwischen Irak und Iran, Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre. Das Saddam-Regime zieht jeden zum Militärdienst ein. Auch Ako ist unter den Rekruten. Aber er will nicht in den Krieg und flüchtet ...

Nach längerer Flucht wird er gefasst und an die Front geschickt. Während er an der Front kämpft, hat Ako nur einen Gedanken: die Flucht. Aber das will ihm nicht gelingen. Deshalb sucht er nach anderen Lösungen. Eine davon ist die Möglichkeit, als Verletzter nach Hause geschickt zu werden. Deshalb hält er im Gefecht die Beine in die Höhe, um angeschossen zu werden, aber auch diese Methode führt nicht zum gewünschten Erfolg.

Eines Tages findet er jedoch einen Weg und kann in ein entvölkertes Dorf in der kurdischen Region flüchten. Und dort sind noch weitere Kurden, die sich dem Militärdienst entziehen.

Saleem wurde vor kurzer Zeit mit „**Wodka Lemon**“ bekannt. Nach dem Spielfilm „Fotograf“ und dem Kurzfilm „Ax“ hat der kurdische Regisseur Kazim Öz einen Dokumentarfilm über das Dorf Kürmes in Dersim gedreht, aus dem er stammt. Darin wird von der Einsamkeit und der Sehnsucht der Generation der „Alten“ erzählt, die im Dorf verblieben sind, nachdem die junge Generation in die Metropolen und nach Europa ausgewandert ist. Der Film wurde auf dem Türkisch-Deutschen Filmfestival in Nürnberg bereits als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet.

Merkur Online, 4.5.05; ÖP, 6. und 7.5.05; FR, 7.5.05; isku@nadir.org; Internet: www.nadir.org/isku; www.schildkroetenkoennenfliegen.de

Hip-Hop-Gruppe „Hevalz“

Che, das kurdische Bandmitglied der Gruppe „hevalz“ beantwortet die Fragen von Ciwanê Serhad wie folgt:

„Unsere Gruppe besteht aus vier Personen. Innerhalb der Band nennen wir uns No Time, E-Creme, Riem E.L und Che. Wir sind alle hier in Deutschland geboren und aufgewachsen. 2003 haben No Time und ich die ersten Schritte zur Bandgründung gesetzt. Den Namen hat No Time ihr gegeben. Er meinte, wenn wir irgendwann drei oder vier Leute in der Gruppe sind, nennen wir uns Hevalz. Mir gefiel der Name auch. Aber wir dachten, wir werden zu zweit bleiben und für uns selbst singen. Nach

ein paar Monaten haben wir E-Creme kennengelernt und später E.L. Unsere Musik ist Ausdruck von Protest, Liebe, Romantik, Traurigkeit und Aufstand. Wir stellen eine Verbindung her zwischen unseren Gefühlen und Hip Hop. Unseren eigenen Stil haben wir bis heute nicht benennen können, man könnte es originären oder Protest-Hip Hop nennen.

Es gibt soviel Traurigkeit, soviel Krieg, soviel Tränen auf dieser Welt. Und diese wirken auf uns und unsere Musik. Dabei handelt es sich sowohl um die negativen Seiten unseres eigenen Lebens, unsere eigene Traurigkeit als auch um die Tränen eines anderen Menschen. Traurigkeit ist ein ständiges Teil des Lebens, ebenso Liebe und Tod. Das wird auch immer so sein. Aber wir haben festgestellt, dass viele Menschen, beispielsweise die meisten Jugendlichen, gar nicht begreifen, was auf der Welt abgeht. Sie sehen alles durch die rosa Brille. Dabei sind doch die Jugendlichen die Zukunft dieser Erde. Wir werden noch viele Jahre auf dieser Welt leben. Wir wollen uns nicht täuschen lassen, wir wollen nicht ausgebeutet werden und wir wollen, dass die Völker, beispielsweise Kurden und Türken, in Frieden und Geschwisterlichkeit miteinander leben. Wir wollen die Wahrheit erzählen. Das Leben findet nicht nur hier statt, sondern auch in Mesopotamien, im Irak, in Palästina. Wir wollen vom Schicksal aller unterdrückten Menschen und Völker auf der ganzen Welt erzählen. Wir wissen, dass selbst in Deutschland viele Menschen hungern. Flüchtlingsfamilien werden der Armut überlassen oder abgeschoben. Das wissen viele Menschen gar nicht. So sollte es nicht sein auf der Welt, es dürfte diesen Schmerz, diese Ungerechtigkeit nicht geben.

Natürlich gefällt unsere Musik nicht jedem, es gibt verschiedene Geschmäcker. Aber uns ist aufgefallen, dass sogar Menschen, die nie Hip Hop hören und gar nicht wissen, was das ist, sich unsere Lieder mit großem Interesse anhören. Wir kriegen Briefe von den verschiedensten Menschen, von zehnjährigen Kindern oder von Vierzigjährigen, die uns schreiben, dass unsere Musik sie berührt hat. Natürlich sind es überwiegend Jugendliche, denen unsere Sachen gefallen. Darunter sind deutsche, japanische, iranische, kurdische, türkische Menschen. Das freut uns natürlich ungemein. Es zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Als Projekt planen wir, in der Zukunft entsprechend unserer eigenen Möglichkeiten einen Clip zu machen und auf unsere Internetseite (www.hevalz.de) zu setzen. Wir wollen bei Feiern und Festivals auftreten. Jeden Montag treten wir in der Cocktail-Bar „Paradise“ in Dortmund auf. Natürlich wollen wir auch professionell werden und dass unsere Lieder überall gespielt werden. Wir glauben an uns, unsere Worte und Stimmen. Alle unsere Lieder können auch von unserer Internetseite heruntergeladen werden. Außerdem wollen wir ein weibliches Gruppenmitglied aufnehmen. Voraussetzung für eine Sängerin ist, dass sie unsere Musik mag und natürlich muss sie auch eine gute Stimme haben. Sie sollte ein gutes Herz haben, das weitere erledigt sich dann von selbst.“

Interview von Ciwanê Serhad,

ciwaneserhad@gmx.net, www.hevalz.de

WDR-Bername Kurdi

Bername Kurdi, die kurdische Radiosendung im WDR Funkhaus Europa, bekommt einen neuen Sendeplatz und eine neue, verlängerte Sendezeit. „Wir beginnen mit diesem neuen Format am kommenden Sonntag den 8. Mai 2005 um 18.05 und senden bis 19.00 Uhr“ teilt die kurdische Redaktion des WDR mit.

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt ist die Philosophie des Funkhauses Europa. In diesem Rahmen informiert auch Bernama Kurdi in Sorani und Kurmanci über kulturelle und politische Themen sowie über kurdisches Leben in Deutschland.

(WDR Funkhaus Europa)

Neuerscheinung

Geschichten aus der Friedensbewegung

Von Andreas Buro gesammelt und herausgegeben

Über 80 erlebte Geschichten aus der Friedensbewegung begleiten die Leserinnen und Leser von den Staaten bis China, vom Wilden Kurdistan nach Palästina über Pfade und Etappen der Friedensbewegung. Dabei haben über 25 Friedensaktivisten unterschiedlicher Generationen mitgewirkt. Jeder friedensbewegte Mensch kann dort die Geschichte der Friedensbewegung in einem Mosaik von spannenden Erlebnissen wieder finden. Wer sich von den Anfängen bis zur Gegenwart, über die Tiefen und Höhen einer massenhaften Bewegung informieren möchte, muss diese leicht zu lesenden Geschichten kennen lernen.

Zu bestellen beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, ISBN 3-88906-114-1, Preis 10,00 EUR, info@grundrechtekomitee.de, Tel. 02 21 / 972 69 30/20, Fax 02 21 / 972 69 31

„Unsere Opfer zählen nicht“

Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Wenn von den großen Kriegen des vergangenen Jahrhunderts berichtet wird, bleiben die Kriegsoffer aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt meist unerwähnt. „Die Journalisten und Journalistinnen, die diese Arbeit vorgelegt haben, geben den Sprach- und Stimmlosen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien nach so vielen Jahrzehnten erstmals eine wahre, echte, sensible und menschliche Stimme.“ Die Geschichtsschreibung ist immer die der Sieger und im vorigen Jahrhundert, die der Weissen. Das unsägliche Leid, das deren Kriege über die andere Völker gebracht hat, wird verdrängt und in die historische Unsichtbarkeit verschoben.

In dieser umfassenden und hervorragend recherchierten Studie wird dieser Verdrängung entgegen gearbeitet. Dabei geht es nicht nur um die Opfer der Zivilbevölkerung, nicht nur um grausame Besatzungspolitik, sondern auch um die zahllosen Hilfstruppen, die je nach Bedarf der Großmächte rücksichtslos rekrutiert und „verheizt“ wurden. - Das Buch wurde von den Juroren der Sachbuch-Bestenliste auf Platz 7 gewählt.

Rheinisches Journalistenbüro, Recherche International e.V. (Hg.): Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Assoziation A, Berlin/Hamburg 2005, 444 S. 29,50 Euro, ISBN 3-935936-26-5

G 14 654

NN 36, Juni 2005

(Redaktionsschluss: 8. 6. 2005)

**Port payé
Köln
Allemagne**

Sendung zu ermäßigtem Entgelt
Envoi à taxe réduite

Schröder in der Türkei: Wirtschaftsbeziehungen; Aufruf zu friedenspolitischer Intervention

Vom 3. bis 5. Mai besuchte Bundeskanzler Schröder die Türkei, begleitet von einer großen und hochkarätigen Wirtschaftsdelegation. Er trat vor mehr als 600 deutschen und türkischen Unternehmern auf; ein Unternehmerkongreß mit mehr als 1000 Teilnehmern schloß sich an.

Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen sind intensiv wie nie zuvor, das deutsch-türkische Handelsvolumen nahm allein im Jahr 2004 um 30 % zu. An vorderster Stelle der Exporte Deutschlands stehen Produkte der Maschinenbau, der Kfz- und der Chemischen Industrie. Importgüter aus der Türkei sind vor allem Textilien und hochwertige Konsumgüter wie z.B. Fernsehapparate, die von deutschen Firmen dort produziert und reimportiert werden. Wachsende Bedeutung bekommt der Produktionsstandort Türkei auch für die Automobilindustrie (Daimler Chrysler und MAN).

17 Menschenrechts- und Friedensorganisationen aus der Bundesrepublik haben Bundeskanzler Schröder um friedenspolitische Intervention während seiner Türkeireise gebeten. Nachstehend veröffentlichen wir die Pressemitteilung zum Inhalt des Schreibens an den Bundeskanzler:

Menschenrechts- und Friedensorganisationen bitten den Bundeskanzler um friedenspolitische Intervention bei seiner Türkei-Reise

Menschenrechts- und Friedensorganisationen, die sich seit langer Zeit mit der Türkei befassen, haben in einem gemeinsamen Schreiben den Bundeskanzler gebeten, seinen Einfluss für eine Politik der inneren Aussöhnung und Befriedung in der Türkei geltend zu machen und dazu auch die guten Dienste Deutschlands anzubieten. Dieses könne nicht nur dem Wohle der Türkei und ihrem Beitrittswunsch, sondern auch in Deutschland der Förderung einer Kultur des Friedens dienlich sein.

Die Organisationen sind über die derzeitige nationalistische Hysterie in der Türkei tief beunruhigt. „Während Bücher des international und auch in Deutschland geschätzten liberalen türkischen Schriftstellers Orhan Pamuk öffentlich verbrannt werden, steht Hitlers „Mein Kampf“ seit Wochen auf den Hit-Listen des Buchhandels der Türkei.(...) Die Aufforderung aus vielen Ländern der Welt, sich endlich mit dem Völkermord an den Armeniern öffentlich auseinander zu setzen, führt statt zu einer sensiblen Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu chauvinistischen und rassistischen Bekenntnissen der türkischen Diplomatie.“

Das weltweit mit großer Abscheu zur Kenntnis genommene Vorgehen der Polizei gegen eine Frauendemonstration, bewirkte nicht etwa, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden: vielmehr sollen die Opfer gerichtlich belangt werden. Die Menschenrechtsvereine melden immer

wieder schwerste Verletzungen der Menschenrechte und werden selbst mit Anklagen überhäuft.

In dieser Situation nationalistischer Regression eröffnete die türkische Armee ihre größte militärische Offensive seit Jahren gegen die kurdischen Widerstandskräfte, die über 5 Jahre lang eine friedliche Lösung des Kurdenproblems im Rahmen der Türkei angeboten hatte, worauf Ankara niemals antwortete.

Die kurdische Bevölkerung des Landes von 15–20 Millionen gehört zum relevanten Beitrittspublikum einer möglicherweise einst um die Türkei erweiterten EU. Dies erfordert unabdingbar, der kurdischen Bevölkerung in der Türkei endlich ihre Grund- und Menschenrechte zu gewährleisten und sie nicht länger einem anachronistischen türkischen Nationalismus zu unterwerfen. Ebenfalls dokumentiert der Fall des Kriegsdienstverweigerers Mehmet Tarhan den Umgang mit elementarsten Menschenrechten.

„Wir halten es deshalb für unabdingbar, kurdischen Repräsentanten im Prozess der Beitrittsverhandlungen, aber auch vor den Gremien der einzelnen EU-Staaten angemessenes Gehör zu verschaffen. Eine generelle Diffamierung der Kurden und ihrer Organisationen als terroristisch wird die Gegensätze in der Gesellschaft der Türkei verschärfen und ihre Überwindung verhindern. Wir gehen davon aus, dass die Türkei die Kriterien für einen Beitritt zur EU nur erreichen kann, wenn sie die nationalistischen Verfestigungen, die im Gegensatz zum multikulturellen Charakter der EU stehen, überwindet.“

Der Brief ist von Repräsentanten der folgenden Organisationen unterzeichnet:

- Azadi – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland
- Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL
- Deutsche Friedensgesellschaft -Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
- Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW
- Dialog-Kreis „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“
- Frauen für Frieden
- Internationale Liga für Menschenrechte
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Koordination „Gerechtigkeit und Frieden“ der Franziskaner Mitteleuropas (COTAF)
- medico international
- Mesopotamische Entwicklungsgesellschaft
- Pro Humanitate – Internationaler Verein für Frieden und Gerechtigkeit
- Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein
- Rüstungsinformationsbüro Baden Württemberg
- Terre des Femmes
- Tüday – Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland
- Yek-Kom Föderation kurdischer Vereine in Deutschland